# Fragen der Freiheit

Beiträge zur Währungspolitik

Heft 132 Mai/Juni 1978



Wie die Gesamtheit der am Markt befindlichen Güter die Nachfrage nach dem Geld begründet, ebenso wird die Nachfrage nach Gütern durch die Gesamtheit des Geldes begründet. Das Geld und die Güter suchen sich, um gegeneinander ausgetauscht zu werden.

Wenn die in Umlauf befindliche Gesamtsumme Geld sich verdoppelte, würden die Preise auch doppelt so hoch werden . . . Gerade die nämliche Wirkung würde auf die Preise hervorgebracht sein, wenn wir eine Verminderung der Güter statt der Vermehrung des Geldes annehmen . . .

Der Wert des Geldes variiert daher, wenn die sonstigen Dinge sich gleich bleiben, im umgekehrten Verhältnis seiner Quantität, indem jede Zunahme der Quantität den Wert mindert, und jede Verminderung der Quantität ihn erhöht, und zwar in einem genau entsprechenden Verhältnis.

John Stuart Mill\*

### FRAGEN DER FREIHEIT

- Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft -

Folge 132

Mai/Juni 1978

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung Postverlagsort: 54 Koblenz

#### Inhaltsverzeichnis

	3	CITC
Oskar Matthias Frhr. von Lepel Die globale Wachstumssteuerung als Instrument		
der Gesellschaftspolitik		3
Jobst von Heynitz		
Einige wirtschaftliche Schäden der Inflation und ein		
geldpolitischer Versuch zu ihrer Bekämpfung		9
Alfred Schüller		
Schuldnerprivilegien als Inflationsursache –		
Konkurrierende Währungen ein Ausweg?		38
Ankündigung		
Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 14. bis		
24. Juli 1978 in der Bildungsstätte des Bayer. Bauernverbandes		
in Herrsching/Ammersee		57

## Die globale Wachstumssteuerung als Instrument der Gesellschaftspolitik

- Ein kritischer Beitrag aus ordnungspolitischer Sicht -

#### Oskar Matthias Freiherr v. Lepel

Die Vollbeschäftigungs- und Wachstumspolitik als Instrument wohlfahrtstaatlicher Sozialtheorien ist unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten selten Gegenstand kritischer Erörterungen. Dies ist erstaunlich, weil außerhalb nationalökonomischer Fachdiskussionen gesellschaftspolitische Ziele zur Rechtfertigung dieser Politik oft genannt werden. Wird doch zur Begründung der Notwendigkeit von Wachstum häufig die Sicherung eines Spielraums für gesellschaftliche Reformen herausgestellt. Wachstumsförderung als Voraussetzung für gesellschaftspolitische Veränderungsprozesse scheint geradezu ein Kennzeichen linksliberaler Reformpolitiker zu sein.

Die geistige Auseinandersetzung mit diesem Aspekt der Wachstumsproblematik halte ich für unbedingt erforderlich, seitdem die Wachstumsförderung mittels des Instrumentariums des Stabilitätsgesetzes wegen der steigenden Arbeitslosenzahlen einer Kritik »von links« ausgesetzt ist. Im Hinblick auf diese Kritik erscheint sie nämlich bei oberflächlicher Betrachtung als unverzichtbarer Teil des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft mit der Folge, daß dieser das Versagen der Globalsteuerung angelastet wird. Linksorientierte Kräfte innerhalb von SPD und FDP wenden sich gegen die verbreitete These, durch quantitative Erhöhung des Bruttosozialprodukts, also durch ständige, das Realkapital vermehrende Investitionen könne die bestehende Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Sie kritisieren mit dem Hinweis auf eine angeblich unzureichende Planung das Ausbleiben der versprochenen Folgen der Globalsteuerung auf die Situation am Arbeitsmarkt. Dabei lassen sie sich von einer Beschäftigungstheorie leiten, die durch ausgeprägtes Planungsdenken gekennzeichnet ist.

Entsprechende Thesen hat zum Beispiel die Perspektivkommission der FDP vorgetragen, die ihr Arbeitspapier im November 1977 dem Kieler Programmparteitag vorlegte. Nach dem Willen der Kommission<sup>2</sup> sollen strukturpolitische Maßnahmen zu einer »beschäftigungsintensiven Wachstumsstruktur« führen, weil die globalsteuernde Konjunkturpolitik versagt habe. Schon im Jahre 1971 äußerten die Jungsozialisten auf ihrem Strategiekongreß: »Der Versuch, durch eine Vollbeschäftigungspolitik die Krisenhaftigkeit des Systems zu beseitigen, ist mißlungen«.<sup>3</sup> Dahinter steht die ideologisch motivierte These, die staatlichen Planungsinstanzen könnten

wegen fehlender Entscheidungskompetenzen ihre Planungskapazitäten nicht ausschöpfen. Ihre Planungen seien deshalb weitgehend wirkungslos.

Gegenüber dieser Kritik befinden sich die nationalökonomischen Anhänger der globalen Konjunktursteuerung trotz vieler fachkundiger Argumente aus dem Keynes'schen Ideengut in der Defensive. Das liegt im wesentlichen daran, daß ihr Konzept nicht auf einer anthropologisch fundierten Sozialtheorie aufbaut, aus dem sich die Leitgedanken für die Ordnung des Wirtschaftslebens, des elementaren Ausschnitts der menschlichen Lebensordnung, ableiten lassen. Dies bedarf im folgenden der Erläuterung.

#### I. Die Keynes'sche Wirtschaftstheorie als politisches Planungsinstrument

Die liberal-progressiven Intellektuellen im anglo-amerikanischen Raum brachten die Lehre von Keynes mit soziologischen Vorstellungen in Verbindung, nach denen die dem marktwirtschaftlichen Wettbewerbssystem angelasteten Verteilungsungerechtigkeiten nur durch steuernde Eingriffe auszugleichen seien. Während die Volkswirte aus der Schule von Keynes die Idee, die Stabilität der Wirtschaft durch staatliche Finanzspritzen zu sichern, nur als Lösung des Problems der regelmäßigen Konjunkturschwankungen verstanden, machten die gesellschaftspolitisch ausgerichteten Linkskeynesianer aus ihr ein Instrument systemkorrigierender Reformen.

Beide Gruppen sind durch eine deterministische Weltauffassung miteinander verbunden, nach der alle Phänomene der Welt als die Wirkung einer Ursache verstanden werden. Man glaubt, es sei möglich, die Gesetze der Kausalzusammenhänge mit naturwissenschaftlichen Erkenntnismethoden zu erforschen und mit ihrer Hilfe das Sozialwesen wie ein mechanistisches System sachgerecht zu steuern. Das Funktionieren dieses Systems wird von der richtigen Bewertung quantitativer Größen abhängig. Dabei bleibt außer Betracht, was sich nicht rechnerisch erfassen läßt.

Das dahinter stehende kausal-teleologische Zweckdenken, typisch für die moderne Nationalökonomie und Soziologie, weist einer zentralen Steuerungsinstanz den Auftrag zu, mit Hilfe der Geld- und Finanzpolitik Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit zu produzieren. In der Bundesrepublik Deutschland wird dieser Auftrag verfassungsrechtlich abgesichert durch die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes. Aus ihr leitet man die Verpflichtung zum Ausbau eines umfassenden Systems der Daseinssicherung und einer stetigen Ausweitung des Angebots sozialer Güter ab.

Angesichts dieses geistigen Hintergrundes ist es nicht erstaunlich, daß in Deutschland die Theorie von der Globalsteuerung des Wirtschaftslebens derjenigen politischen Richtung sehr gelegen kam, die seit jeher die Lösung

wirtschaftlicher und sozialer Probleme in staatlichen Eingriffen suchte. Die Sozialdemokraten setzten sich für eine expansive Wachstumspolitik als Allheilmittel gegen Konjunkturschwankungen ein und empfahlen die Keynes'sche Technik als Steuerungsinstrument, obwohl die englischen Sozialisten sie in ihrer extremsten Form, der Vollbeschäftigungspolitik um jeden Preis, schon unmittelbar nach dem Krieg mit bitteren Folgen erprobt hatten. Der SPD-Politiker Schiller war in den sechziger Jahren der wichtigste Wegbereiter einer Politik der aktiven staatlichen Einflußnahme auf das Wirtschaftsgeschehen. Das Konzept des »Revolutionärs des Kapitalismus« pries er als »Weg zur Rettung der Marktwirtschaft«.<sup>4</sup> Die unter seiner maßgeblichen Mitwirkung zustandegekommene Einführung von Lenkungsund Steuerungsinstrumenten erleichterte ganz erheblich die Versöhnung der Sozialdemokratie mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Trotz vordergründiger Anfangserfolge der neuen Wirtschaftspolitik wächst allmählich die Erkenntnis, daß man selbst mit zunehmender Verfeinerung der Analyse des »kausalen Mechanismus« der Ökonomie das Wirtschaftsgeschehen nicht in den Griff bekommen kann. Die Wirtschaft ist nun einmal ein organisches, kein mechanistisch zusammengesetztes Wesen.<sup>5</sup> Da diese Grunderkenntnis damals nicht vorhanden war, wurde die Übernahme der Keynes'schen Praxis der Anfang einer Fehlentwicklung.

Die geschaffenen Interventionsinstrumente bedürfen jetzt - das liegt in der Logik des Systems - wegen ihres Versagens immer weiterer Ergänzung und Erneuerung im Sinne einer intensivierten Planung. Denn die globale Wachstumssteuerung führt zu Sachzwängen, auf Grund deren sie sich mit der Zeit als ungenügend erweist. Linke Kritiker beklagen von ihrem Standpunkt aus mit Folgerichtigkeit - die »globalpolitische Enge<sup>6</sup> und verlangen die Weiterentwicklung der globalen Steuerung des Wirtschaftslebens zu einer »vorausschauenden Strukturpolitik«,7 Der gängige Forderungskatalog lautet: Investitionslenkung, demokratische Planung, Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Finanzsektors u.ä.. Bezeichnenderweise heißt es im »Orientjerungsrahmen 85« der SPD:8 »Es ist vordringliche Aufgabe sozialdemokratischer Politik, durch Verbesserung von Organisation, Verfahren und Kontrolle die Planungsfähigkeit des Staates systematisch zu erhöhen«. Diese Planung soll sich im wirtschaftlichen Bereich nicht nur auf die generelle Höhe, sondern auch auf die Art der Investitionen beziehen.

Die ständige Steigerung des staatlichen Anteils am Bruttosozialprodukt, die finanzielle Absicherung der staatlichen Konjunktur- und Investitionsprogramme sowie der gesetzgeberischen Reformvorhaben erscheinen die Erfüllung der genannten Forderungen unumgänglich zu machen. Wird diese Politik fortgesetzt, werden in der westlichen Welt Keynesianismus und Sozialismus eine untrennbare Einheit.

Von der Einrichtung eines »Sachverständigenrates zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung« führt ein gerader, wenn auch versteckter Weg zur Institutionalisierung eines »Strukturrates der sozialen Gruppen«.9 Aus dem »Globalsteuerung« genannten Konjunkturdirigismus entwickelt sich die Strukturlenkung der Wirtschaft. Daraus entsteht dann die Totalsteuerung der Gesellschaft durch eine planende und verteilende Leistungsverwaltung, so daß die Verwandlung der menschlichen Lebensordnung in ein berechenbares Funktionssystem perfekt wird.

### II. Eine menschengerechte Sozialordnung mit Rahmenbedingungen für eine geordnete Wirtschaft als Alternative

Die einseitige Ausrichtung nationalökonomischen Denkens auf Ziele einer sozialtechnischen Gesamtplanung wird durch das weitverbreitete Mißtrauen gefördert, das dem System der Verteilung von Gütern und Einkommen in unserer Wirtschaftsordnung mit dem freien Wettbewerb als ihrem grundlegenden Element entgegengebracht wird. Viele Menschen vermissen in ihm soziale Gerechtigkeit. Einer entsprechenden sozialpsychologischen Stimmung tragen die Politiker Rechnung, indem sie als Begründung für die angebliche Notwendigkeit von Wachstum vorwiegend gesellschaftspolitische Argumente vorbringen. Wachstum sei Voraussetzung für die Ausweitung des öffentlichen Haushalts zur Bewältigung der vorhandenen sozialen Probleme, insbesondere zur Herstellung von Einkommensgerechtigkeit.

Da man nach der üblichen Terminologie mit dem Begriff der Einkommensgerechtigkeit die Nivellierung der Einkommensverhältnisse meint, ist für nachdenkliche Beobachter klar, daß eine in diesem Sinn systematisch betriebene Verteilungspolitik unter den Druck unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen gerät. Sie schafft Erwartungshaltungen, die wegen widerstreitender Gerechtigkeitsideale nicht zu erfüllen sind.

Das Problem der Einkommensgerechtigkeit kann deshalb nicht isoliert von anderen Ordnungsfragen behandelt werden. Es ist ein wesentlicher Bestandteil der noch ungelösten sozialen Frage: Wie erreichen wir gesellschaftliche Bedingungen, unter denen die freie Entfaltung der Persönlichkeit aller Bürger des Gemeinwesens im wirtschaftlichen und kulturellen Lebensbereich bei Wahrung sozialer Gerechtigkeit gewährleistet ist?

Die Antwort liegt nicht in der Planung gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen für die einzelnen Menschen programmierte Rollen bereitgehalten werden, denen sie sich anzupassen haben. Wir brauchen vielmehr dringend die Besinnung auf die gesellschaftlichen Prinzipien einer sozialen Ordnung, die dem Wesen und der Natur des Menschen entspricht. Nichts anderes ist mit dem von mir so oft verwendeten Begriff der Ordnungspolitik gemeint.

Erst das Denken in menschengerechten Ordnungen schafft die Voraussetzungen für Freiheit und Gerechtigkeit. Freiheit ist die Bedingung des Menschseins im persönlichen Bereich, Gerechtigkeit die Bedingung des Gesellschaftslebens. <sup>10</sup> Dabei ist das Selbstbestimmungsrecht des Menschen der Maßstab, an dem wir uns bei der Wahrung von Freiheit und Gerechtigkeit zu orientieren haben.

7-...

In einer anthropologisch fundierten Soziallehre ist der Staat nicht Planungsinstrument zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch stetige Verteilungspolitik, sondern Ordnungsinstanz mit der Verantwortung für die Errichtung und Wahrung von Rahmenbedingungen für die freie wirtschaftliche und kulturelle Tätigkeit. Watrin<sup>11</sup> hat im Anschluß an ähnliche Überlegungen die Notwendigkeit ordnungspolitischer Reformen herausgestellt. Mit Recht betont er, daß soziale Leistungen, die über den Markt erbracht werden können, auch in marktwirtschaftlichen Formen und nicht vom Staat angeboten werden sollten. Der politische Trend geht leider in die umgekehrte Richtung. Im Wirtschaftsleben, das bisher von marktwirtschaftlichen Grundsätzen bestimmt wurde, verschafft sich die Planungsbürokratie einen immer größeren Wirkungsraum. Mit der globalen Wachstumssteuerung begann eine Entwicklung, deren Auswirkungen bei der Rezeption der konjunkturtheoretischen Lösungen überhaupt nicht bedacht worden war. Planungsorientierte gesellschaftspolitische Theoretiker stellten sie aber vorausschauend in Rechnung und fordern jetzt die Weiterentwicklung dieser Politik unter dem Stichwort »vorausschauende staatliche Strukturpolitik«.

Die Nationalökonomen sind deshalb zur Abwehr der bereits eingetretenden ordnungspolitischen Gefahren aufgerufen. Wir benötigen ein wirtschaftspolitisches Konzept, welches das automatische Tendieren der Marktwirtschaft zur Vollbeschäftigung garantiert; denn daß unser Wirtschaftssystem bei Ausbleiben stetigen Wachstums seine Funktionsfähigkeit verlieren muß, ist logisch nicht zwingend, auch wenn die Ökonomen dafür noch so scharfsinnige Erklärungen bereithalten. Die erforderlichen Lösungsansätze in Richtung auf eine ordnungspolitische Reform des Geldund Kreditwesens, sowie des Bau- und Bodenrechts durch Abbau der Vermachtung der Märkte sind in den »Fragen der Freiheit«12 oft diskutiert worden.

Nicht die Marktwirtschaft selbst ist das Grundübel, wie die Sozialisten behaupten, sondern die erkennbaren Vermachtungstendenzen. Die Aufgabe der Zeit ist nicht die Weiterentwicklung der Globalsteuerung, sondern der Ausbau der sozialen, monpolfreien Marktwirtschaft ohne Konjunkturdirigismus. Die Bereitschaft, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen, wird erst vorhanden sein, wenn wir bei den Problemlösungen von dem einseitigen,

an der Naturwissenschaft orientieren, punktuellen Zweckdenken loskommen und die Antworten auf die zu lösenden Einzelfragen aus einer sozialen Ordnungsidee ableiten, die auf der Kenntnis der Lebensbedingungen des Menschen beruht <sup>13</sup>

#### Anmerkungen

- 1 vgl. zum Beispiel das Berliner Programm der CDU mit Beschlüssen des Hamburger Parteitages von 1973 (Nr. 62), zitiert nach einer von der CDU-Geschäftsstelle herausgegebenen Broschüre (Bestell-Nr. 246).
- 2 Einzelheiten dazu siehe in: Gesellschaftspolitische Kommentare Nr. 21 (November 1977), S. 291 ff., herausgegeben vom »Arbeitskreis Freiheit«..
- 3 Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie (Nr. 8), veröffentlicht in: Der Thesenstreit um »Stamokap«, rororo aktuell Bd. 1662, 1973, S. 82.
- 4 in: Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft, Walter-Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze Nr. 15, 1966, S. 20.
- 5 vgl. dazu die Ausführungen eines der Repräsentanten des »Prager Frühlings«: Eugen Löbl, Wirtschaft am Wendepunkt, 1975, S. 221 ff.
- 6 Die Formulierung stammt von dem SPD-Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Roth, zitiert nach einer Meldung der FAZ vom 14. 1. 1978; »Roth; Konzertierte Aktion mißbraucht«.
- 7 Das SPD-Papier für den Hamburger Parteitag 1977 »Vorausschauende Strukturpolitik für Vollbeschäftigung und humanes Wachstum« wurde auszugsweise veröffentlicht in »Die Zeit« Nr. 48 vom 18. 11. 1977. S. 21.
- 8 zitiert nach Wilhelm Hennis, Organisierter Sozialismus, 1977, S., 54.
- 9 vgl. zu diesem Begriff das o. a. SPD-Papier (Anmerkung 7)
- 10 siehe dazu Heinz-Hartmut Vogel, Jenseits von Macht und Anarchie, Köln und Opladen, 1963, S. 15 ff.
- 11 Ordnungspolitische Aspekte des Sozialstaates in: Fragen der Freiheit Nr. 126 (1977), S. 15.
- 12 vgl. unter anderem folgende Hefte, die diesem Thoma gewidmet sind: 87/88 (Marktwirtschaft ohne Kapitalismus), 115 (Organisches Wachstum und Wirtschaftsordnung), 129 (Währungsverfassung und Gesellschaftsordnung), 130 (Die Verantwortung des Menschen Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch).
- 13 vgl. dazu das Einleitungskapitel des unter Anmerkung 10 zitierten Buches von Heinz-Hartmut Vogel.

# Einige wirtschaftliche Schäden der Inflation und ein geldpolitischer Versuch zu ihrer Bekämpfung\*

#### Jobst v. Heynitz

#### 1. Einleitung

Wir leben noch immer mit der Inflation. Das Thema Inflation beschäftigt ununterbrochen die Politiker und die Wissenschaft. Die zentrale Aufgabe der Geldpolitik, die Wirtschaft inflations- und deflationsneutral mit Geld zu versorgen, so daß von der Geldversorgung kein Einfluß auf das güterwirtschaftliche Geschehen ausgeht, ist praktisch noch nicht gelöst. Es scheint nicht einmal allgemein geklärt zu sein, wo die Ursachen der Inflation liegen und wie sie verläuft; auch über den Begriff der Inflation soll keine Einigkeit bestehen. Ein ehemaliges Mitglied des Zentralbankrates fordert vehement eine Änderung des Bundesbankgesetzes. Dieser Beitrag versucht, einen – freilich nicht vollständigen – Überblick über die Probleme und die Diskussion der Inflation zu geben und ein geldpolitisches Instrument zur Bekämpfung der Inflation vorzustellen.

#### 2. Zum Begriff Inflation und über Inflationstypen

Das Wort Inflation ist über das Englische aus der lateinischen Sprache zu uns gekommen und heißt Aufblähung. Die Bezeichnung »inflation« für die Aufblähung des Geldumlaufs bürgerte sich im amerikanischen Bürgerkrieg in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein.<sup>4</sup> Ihr Gegenteil ist sprachlich und im Wirtschaftsgeschehen die Deflation, die Entblähung, die Schrumpfung.

Im allgemeinen und wissenschaftlichen Sprachgebrauch wird heute im steigenden Maße die Inflation mit dem langfristig steigenden Preisniveau gleichgesetzt.<sup>5</sup> Dieser »Inflationsbegriff« enthält eine ungenaue Aussage, weil der steigende Preisstand nicht der Kern des Inflationsprozesses, sondern nur eine mögliche Folge der Inflation, der Aufblähung des Geldumlaufs ist.

Dieser ungenaue Gebrauch des Worts »Inflation« kennzeichnet zum Beispiel auch die unfruchtbare Diskussion über die nach dem Ausmaß

- \* Vortrag, gehalten bei der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung zum Rahmenthema Inflation und Vollbeschäftigung vom 20. bis 22. Mai 1977 in der Politischen Akademie Eichholz, in überarbeiteter Fassung.
- 1 Vgl. Otto Veit, Währungspolitik, 3. Aufl., Frankfurt 1969, S. 49 ff.; Forstmann, Geld und Kredit, Göttingen 1952, S. 316 ff., 715 ff.
- 2 Günter Schmölders, Geldpolitik, 2. Aufl., Tübingen 1968, S. 324. Vgl. auch Heinz Ricter, Die gegenwärtige Inflationstheorie und ihre Ansätze im Werk von Thomas Tooke, Berlin 1971, S. 14 ff.
- 3 Friedrich Wilhelm von Schelling, Die Bundesbank in der Inflation, Plädoyer für eine neue Geldverfassung, Frankfurt/Main 1975.
- 4 Veit Fn. 1, S. 48; Rieter Fn. 2, S. 5.
- 5 Rieter Fn. 2, S. 15 f. mit Nachweisen.

des Preisanstiegs unterschiedenen sogenannten »Inflationstypen«. Von schleichender »Inflation« spricht man bei Preissteigerungsraten von 1% bis 4% jährlich (nach dem Geschmack mancher Politiker reicht sie auch bis zu 10% jährlich und mehr). Bei etwa 50% Preisanstieg beginnt die Hyperinflation; dazwischen liegt das Feld der galoppierenden »Inflation«.

Neben der offenen »Inflation«, die am Preisanstieg erkennbar ist, weil der Preismechanismus noch funktioniert, gibt es die sogenannte aufgestaute »Inflation«. Bei ihr werden die Kaufkraftverluste durch (staatliche) Eingriffe in die Preisentwicklung, zum Beispiel mit dem Preisstop oder der Rationierung, versteckt. Der Nachfrageübergang schmilzt nicht wie bei der offenen »Inflation« zusammen, sondern wird aufgestaut. – Die Schäden der gestauten oder verschleierten »Inflation«, zum Beispiel das Ausweichen auf Schwarzmärkte, die verringerte Produktion und schlechtere Versorgung, der hohe und unnütze Kontrollaufwand, der starke Preisschub bei der Aufhebung des Preisstops oder der Rationierung, klammere ich aus und behandle nur die Schäden der offenen »Inflation«.

Das Wort »Inflation« bezeichnet im folgenden nur die Geldvermehrung, die Geldaufblähung.

- 3. Folgen, Wirkungen und Schäden der Inflation
- 3.1 Direkte Folgen der Inflation

Wer nach der direkten Folge der Inflation fragt, wird wahrscheinlich auf den permanenten Preisanstieg hingewiesen werden.

Ich behaupte: Geld vermittelt eine Zugriffsbefugnis, man kann auch sagen einen Anspruch auf Teile des "verzehrbaren« Sozialprodukts. Geld macht seinen Besitzer gewissermaßen zum Verfügungsberechtigten über ein Bündel noch nicht definierter Waren. Es weist damit eine entfernte Verwandtschaft zu Wertpapieren auf, zum Beispiel zum Lagerschein oder zum Schiffsverladeschein, dem sogenannten Konnossement, die ihren Inhaber zum Eigentümer der eingelagerten Gegenstände bzw. zum Eigentümer der Schiffsladung machen. So wie durch die Übertragung des Lagerscheins oder des Konnossements das Eigentum am Lagergut bzw. der Schiffsladung übertragen wird, so überträgt zum Beispiel ein Kunde, der seinen Friseur bezahlt, mit dem Geld seinen Anspruch auf Teile des verzehrbaren Sozialprodukts, nämlich auf ein der Kaufkraft des Geldes entsprechendes, aber noch nicht definierbares Bündel von Waren.<sup>6</sup> Wenn diese Behauptung stimmt,

Geld ist jedoch keine Forderung und verbürgt auch kein Recht im juristischen Sinne, wie es bestimmte Wertpapiere tun, zum Beispiel der Lagerschein. Geld hat nur gewisse Ähnlichkeit mit bestimmten Wertpapieren, auf die es hier ankam, so daß der Vergleich gerechtfertigt erscheint.

<sup>6</sup> Das Geld ist gewissermaßen durch Waren gedeckt (vgl. dazu Veit Fn 1, S. 219 ff. (221); vgl. auch von Schelling Fn 3, S. 11 f.). Es ist der Geldbegriff der sogenannten Anweisungstheorie, wonach Geld eine Anweisung auf Güter ist, ein »Recht« auf Güter verbürgt. Diese Funktion hat nicht nur das Papiergeld, sondern auch das Metallgeld, zum Beispiel das Gold bei einer Goldwährung.

so ist mit jeder Geldausgabe (Geldschöpfung) durch die Notenbank eine Kaufkraftübertragung für den Neugeldempfänger und mit jedem Geldrücklauf zur Notenbank eine Kaufkraftvernichtung zulasten des vom Geldrücklauf Betroffenen verbunden.

Zu meiner Behauptung schulde ich noch zwei Erläuterungen:

- Geld ist in diesem Zusammenhang nur das sogenannte Zentralbankoder Notenbankgeld, also die (bedruckte) Geldnote, die Geldmünze und das Guthaben bei der Notenbank. Zum Geld in diesem Sinne gehört nicht das sogenannte Giral- oder Buchgeld bei anderen Banken.
- 2. Als Waren bezeichne ich nur Güter, die vom Produzenten gerade fertiggestellt und von ihm selbst oder dem Handel zum erstmaligen Absatz an Verbraucher und Gebraucher bereit gestellt und absetzbar sind, sogenannte absatzfähige Waren. Die Summe der absatzfähigen Waren ist das »verzehrbare« Sozialprodukt;7 man sagt auch »reales« Sozialprodukt. Den Gegensatz dazu stellen Güter dar, die an Verbraucher abgesetzt und damit in die Verbrauchssphäre eingetreten sind. Auch solche Güter können wieder abgesetzt werden, zum Beispiel ein Auto als Gebrauchtwagen. Trotzdem gehören sie nicht zum verzehrbaren Sozialprodukt.8 Ebensowenig gehören zum verzehrbaren Sozialprodukt Dienstleistungen und Nutzungen. Sie werden zwar auch gekauft, aber sie stellen keinen Sachwert dar, an denen Geld Besitztitel vermitteln könnte. Wer eine Dienstleistung oder Nutzung, zum Beispiel eines Mietgrundstücks, kauft und mit Geld, zum Beispiel den Friseur, Notar, Arzt oder Vermieter, bezahlt, überträgt damit an diese seine Zugriffsbefugnis auf Teile des verzehrbaren Sozialprodukts. Auf diesem Wege sind Dienste und Nutzungen in den Wirtschaftskreislauf integriert.

Geld, so war behauptet worden, vermittelt die Zugriffsbefugnis auf Teile des verzehrbaren Sozialproduktes wie der Schiffsverladeschein auf die Schiffsladung. Wenn über dieselbe Schiffsladung – versehentlich oder in betrügerischer Absicht – zwei gleichlautende Verladescheine ausgestellt werden, so stehen sich die Erwerber dieser Wertpapiere im Entladungshafen gegenseitig beim Zugriff auf die Schiffsladung im Wege. Sie müssen ihre Zugriffsbefugnis nachweisen. Können sie es nicht, müssen sie dulden, daß die Schiffsladung bis zur Streitentscheidung hinterlegt oder unter sie – zur Vermeidung weiteren Schadens – hälftig geteilt wird. Die scheinbar

<sup>7</sup> Ich entnehme diese treffende Bezeichnung dem Artikel »Sicherung der Kaufkraft« in den Informationen für unsere Geschäftsfreunde, Februar 1977, S. 1, herausgegeben als Kundendienst der Sparkassen und Landesbanken – Girozentralen – vom deutschen Sparkassenverlag GmbH Stuttgart.

<sup>8</sup> Die neue, gerade fertiggestellte Infrastrukturproduktion, zum Beispiel eine Autobahn, gehört nicht zum verzehrbaren Sozialprodukt, weil sie nicht abzugsfähig und außerdem ein Gut der Verbrauchs-/Gebrauchssphäre ist.

vollwertigen Verladescheine haben eine deutliche Entwertung erfahren. In vergleichbarer Weise spielt sich auch die Geldentwertung ab.

Das bei einer Geldvermehrung ohne Vermehrung des verzehrbaren Sozialprodukts entstehende Geld vermittelt auch die Zugriffsbefugnis auf das verzehrbare Sozialprodukt und vermehrt nominell die Zahl der Anspruchsberechtigten und wertet sich selbst und das bisher umlaufende Geld dadurch ab. Das geschieht unauffällig, weil den neuen Zentralbankgutschriften. Geldnoten und Münzen dieser Makel nicht anzusehen ist. Die Entwertung ist zum Zeitpunkt der Geldaufblähung abgeschlossen, weil das bisherige Verhältnis der Geldmenge zum verzehrbaren Sozialprodukt im Augenblick der Geldvermehrung verändert wird.

Mit dieser Entwertung ist meistens, aber nicht immer ein direkter Umverteilungseffekt verbunden. Angenommen, die Geldmenge wird um 10% aufgebläht. Wenn jeder Geldbesitzer aus dieser Geldvermehrung zu seinem bisherigen Geldbestand neues Geld in Höhe von 10% hinzuerhält, so tritt zwar die Geldentwertung ein, jedoch ist damit noch kein Umverteilungseffekt verbunden.<sup>9</sup> Aber jede Verteilung des neuen Geldes, die nicht alle Geldbesitzer gleichmäßig berücksicht, verändert die bisherige Verteilung der Zugriffsbefugnis auf das verzehrbare Sozialprodukt; es werden die Ansprüche der Altgeldbesitzer im Ausmaß der Geldvermehrung vermindert, zum Beispiel bei 10% Geldaufblähung um 9.09%, und diese verminderten Ansprüche an die Neugeldempfänger übertragen.<sup>10</sup> Diese Kaufkraftübertragung ist mit der Verteilung des Inflationsgeldes an die (ausgewählten) Empfänger abgeschlossen und insoweit endgültig und nicht mehr reversibel.

Ob die zunächst verdeckte Geldentwertumg und Kaufkraftübertragung auch tatsächlich zum Wohlstandsverlust der Betroffenen führt, hängt davon ab, wie sich der Einzelne verhält. Herrscht Geldillusion, das heißt glaubt man noch allgemein an die Kaufkraftstabilität des Geldes, so kann sich der Einzelne vor dem Wohlstandsverlust, zum Beispiel durch rechtzeitigen Kauf von Sachwerten zu alten Preisen, schützen. Aber allen gelingt das nicht. Spätestens dann, wenn das inflationäre Geschehen bekannt und das vermehrte Geld nachfragewirksam wird und auch das Anbieterverhalten sich anpaßt, wird der Geldüberhang in steigenden Durchschnittspreisen

<sup>9</sup> Diese Verteilung brächte die Inflation – oder soll man sagen – die Falschmünzerei um ihren Sinn, weil jeder merkt, was vorgeht, so daß die Geldillusion nicht entstehen kann. Wenn die Inflation zum Beispiel überhöhte Lohnabschlüsse abschmelzen oder Konjunkturimpulse geben soll, so darf das neue Geld nicht offen verteilt werden. Man muß es auf verdeckte Weise in Umlauf bringen, zum Beispiel über den Staat zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten, damit die Geldillusion erhalten bleibt (!).

<sup>10</sup> L. Albert Hahn (Geld und Kredit, 2. Aufl., Frankfurt 1960, S. 131) demonstriert das am folgenden Beispiel: Wenn man 10 Personen eingeladen hat und 20 erscheinen, muß jeder der ursprünglich Eingeladenen die Hälfte der ihm zugedachten Speisen an die Hinzugekommenen abtreten. Die Letzteren gewinnen, was die Ersteren verlieren.

abgeschmolzen und der verdeckte Kaufkraftüberhang als realer Kaufkraftverlust wirksam.

Was dieser Umverteilungseffekt der Geldaufblähung bedeutet, wird erst sichtbar, wenn man konkreter wird. Geld wird vom Durchschnittsbürger als Einkommen bei der Arbeit erworben. Die Kaufkraftübertragung durch vermehrtes Geld bei der Inflation bedeutet also eine Einkommensübertragung. Das heißt: sie schmälert den Arbeitsertrag. Es ist interessant, daß dieser direkte Umverteilungseffekt allein durch die Geldvermehrung sowohl in der Wissenschaft als auch in der öffentlichen Diskussion kaum beachtet wird. Genau genommen, ist es nicht die Geldvermehrung, die umverteilend wirkt, sondern die Ausgabe des vermehrten Geldes an »ausgewählte« Empfänger.

Die direkte Folge der Inflation ist also die verdeckte Entwertung des umlaufenden Geldes. Eine weitere mit der Ausgabe des vermehrten Geldes an »ausgewählte« Empfänger verbundene Folge ist der Umverteilungseffekt. Beides geht zeitlich dem Kaufkraftverlust voraus, der erst mittelbar beim steigenden Preisniveau entsteht.

#### 3.1.2 Mittelbare Wirkungen der Inflation

Die wesentlichen mittelbaren Folgen der Inflation, wie der endlose Anstieg des Preisniveaus, die Schuldnergewinne und die Gläubigerverluste, die Steuerprogression durch inflationsbedingte Einkommenserhöhungen, die durch den Preisanstieg verursachten Lohnkämpfe, manche Zahlungsbilanzprobleme, sind täglicher Gesprächsstoff, so daß darauf nicht eingegangen werden muß. Gestattet sei jedoch folgender Hinweis: Die bezeichneten Folgen treten nicht zwangsläufig mit der Aufblähung des Geldumlaufs auf, sondern sind das Ergebnis zusätzlicher Ereignisse. Vor allem das Anpassungsverhalten der Betroffenen ist für die Folgen mitursächlich. Der allgemeine Preisanstieg ist ein Beispiel dafür. Ob sich der in der Geldvermehrung versteckte Kaufkraftverlust real im durchschnittlichen Preisanstieg der Güter und Dienste und wie schnell er sich durchsetzt und damit den Geldüberhang einschmilzt, hängt von vielen Faktoren ab. Zum Beispiel müssen die Geldbesitzer die vermehrte Geldmenge oder Teile davon unmittelbar oder über Kredite nachfragewirksam einsetzen, weil sich sonst die nominelle Nachfrage nicht erhöht und die Preise nicht steigen können. Auch die Anbieter müssen ihre Objekte zu steigenden Preisen anbieten, weil sonst der Preisanstieg ausbliebe. Die Schnelligkeit des Preisanstiegs hängt vor allem von der Information der Bevölkerung über das inflationäre Geschehen ab. Außerdem darf es keine Gesetze

<sup>11</sup> So zu Recht Jürgen Siebke und Manfred Willms, Theorie der Geldpolitik, Berlin u. a. 1974, S. 14.

geben, die den Preisanstieg verbieten. Damit sind aber längst nicht alle Faktoren genannt, die für den Preisanstieg ursächlich sind. Der Preisanstieg ist deshalb nur eine mittelbare Folge der Inflation, das heißt der Geldaufblähung.

Eine Reihe von mittelbaren Folgen, die in der Bundesrepublik Deutschland auftreten, könnten vermieden werden, wenn die Wertsicherung, die sogenannte Indexierung, allgemein zugelassen wäre. Denkbar wäre zum Beispiel eine Linderung der preisanstiegsbedingten Lohnkämpfe bei der Lohnindexierung oder der Steuerprogression bei der Steuerindexierung. Schuldnergewinne und Gläubigerverluste bei langfristigen Geldforderungen ließen sich weitgehend mit Wertsicherungsklauseln ausschalten. Aber auch die Indexierung ist nicht ohne Nachteile zu haben; 12 sie löst zum Beispiel auch Umverteilungseffekte aus, weil sie eine globale, auf den Indices als Durchschnittswerten beruhende Breitenwirkung auslöst, die weit von der relativen Preisentwicklung in einzelnen Bereichen abweichen kann. 13 Aber ihre Vorteile überwiegen ihre Nachteile. Deshalb ist die restriktive Handhabung der Wertsicherung in der Bundesrepublik Deutschland über die in der Welt anscheinend einmalige, sehr weitgehende Behinderung von Wertsicherungsklauseln in § 3 Währungsgesetz längst obsolet geworden. 14

#### 3.2 Wirtschaftliche Schäden

#### 3.2.1 Verteilungspolitische Schäden der Inflation

Die verteilungspolitischen Schäden der Inflation äußern sich als Kaufkraftübertragung und in Vermögensverschiebungen.

#### 3.2.1.1 Kaufkraftübertragung

Es war behauptet worden, daß die Geldvermehrung unmittelbar Kaufkraft von den Altgeldbesitzern auf die Neugeldempfänger überträgt, so daß man wissen möchte, wer die glücklichen Empfänger sind.

Diese Frage läßt sich nur mit einem Blick darauf beantworten, wie heute von der Notenbank Geld in den Umlauf gebracht und wieder herausgenommen wird. Die deutsche Bundesbank zum Beispiel kauft Gold, Devisen, Handelswechsel, Lombardpapiere, bestimmte Staatspapiere und

<sup>12</sup> Vgl. Hahn Fn. 10, S. 131 ff., der vor Indexillusionen warnt.

<sup>13</sup> Das gilt auch bei flexiblen Wechselkursen und ist einer der Gründe, warum F. A. von Hayek diese ablehnt (vgl. Denationalisation of Money, London 1976, published by The Institute of Economic Affairs, S. 81 ff.).

<sup>14</sup> Vgl. zum Beispiel Otto Pfleiderer und Wolfgang Stützel, Geldwert und Recht, Sitzungsbericht des 50. Deutschen Juristentages, München 1974, S. N 11 ff. und N 17 ff.; Karl August Bettermann, Juristenzeitung 1975, S. 4 (aufschlußreich vor allem zur juristischen Funktion des Nominalismus, a. a. O., S. 2 ff.) und Zeitschrift für Rechtspolitik 1974, S. 13 ff.; Joachim Starbatty, Das Für und Wider von Geldwertsicherungsklauseln: »Eine Art Glaubenskrieg«, Ordo-Jahrbuch Bd. 26, S. 225 ff.

einige andere Wertpapiere, letztere im sogenannten Offen-Markt-Geschäft. Ihre Kunden bzw. »Lieferanten« – es sind nur der Bund, die Länder die Banken und sehr potente Firmen – erhalten dafür wie auch sonst bei einer Bank, zum Beispiel beim Verkauf von Devisen, eine Gutschrift auf ihrem Bundesbankkonto oder Notengeld der Bundesbank.<sup>15</sup> Das ausgegebene Geld läuft an die Bundesbank zurück, wenn sie Gold, Devisen und im Offen-Markt-Geschäft angekaufte Wertpapiere wieder verkauft oder Handelswechsel oder Lombardpapiere zur Einlösung vorlegt.<sup>16</sup> Außerdem wird bei der Bundesbank auch noch Geld, das sie durch Ankaufsgeschäfte ausgegeben hat, auf Sonderkonten wieder stillgelegt.<sup>17</sup> Gesetzliche An- und Verkaufsverpflichtungen gibt es nur im bescheidenen Umfang. Auf dieser »Freiheit« beruht der große Einfluß der Bundesbank.<sup>18</sup>

Hier interessieren die Ankaufsgeschäfte der Notenbank, auch Aktivgeschäfte genannt, durch die Geldnoten und anderes Zentralbankgeld in Umlauf gesetzt wird. Kauft die Notenbank nur Staatspapiere, so bedeutet das: die gesamte mit diesem Geld verbundene Kaufkraft wird dem Staat übertragen. Kauft sie nur Gold, so überträgt sie die gesamte dafür ausgegebene Kaufkraft auf die Goldverkäufer. Kauft sie nur Devisen, so überträgt sie die Kaufkraft an Inländer oder Ausländer, deren Devisen sie ankauft. Man kann also genau angeben, wer die Empfänger der Kauf-

- 15 Die Ausgabe von Gutschriften und Geldnoten beim Ankauf von Gold, Devisen und Wertpapieren im Offen-Markt-Geschäft erfolgt zu Marktpreisen, teilweise mit von der Bundesbank festgesetzten Abschlägen. Wechsel und Lombardpapiere werden zum Nennbetrag mit einem Zinsabschlag angenommen, den die Bundesbank festsetzt, den sogenannten Rediskont- und Lombardsatz. Ein Handelswechsel zum Beispiel über 100.000 DM bringt deshalb bei einem Rediskontsatz von 4% 96.000 DM Gutschrift oder Geldnoten.
- 16 Zum Teil läuft das Geld zwangsläufig zurück, zum Beispiel bei Handelswechseln, die nur für 3 Monate von der Bundesbank hereingenommen werden und nach Ablauf der Frist wieder eingelöst werden müssen. Dabei hat der Kunde den vollen Betrag an die Bundesbank zu zahlen, auf den das Papier lautet, bei einer Wechselsumme von 100.000 DM also 100.000 DM. Der Verkauf von Gold, Devisen und Wertpapieren im Offen-Markt-Geschäft geschieht ohne diese Zeitbindung; er hängt einmal von der Verkaufsabsicht der Bundesbank, zum anderen von der Aufnahmefähigkeit des Marktes ab; die Höhe des Rücklaufpreises richtet sich grundsätzlich nach dem Marktpreis, woraus sich für die Bundesbank Gewinne, aber auch Verluste, ergeben können. So hat die Bundesbank im Jahre 1976 7,48 Milliarden DM als Devisenverlust abschreiben müssen. Diese Abschreibungsverluste sind das Spiegelbild der realen Verluste, die der deutschen Volkswirtschaft durch die Kaufkraftübertragungen an das Ausland aus den Devisenankaufgeschäften der Bundesbank entstanden sind (vgl. von Schelling Fn. 3, S. 52 f.).
- 17 Zum Beispiel müssen der Bund und die Länder ihr freies Geld bei der Bundesbank unverzinslich anlegen; nur mit ihrer Genehmigung dürfen sie freie Gelder bei Geschäftsbanken, zum Beispiel als Festgeld, anlegen. Die Konjunkturausgleichsrücklage 1974/1975 war auch stillgelegtes Geld. Ein wichtiger Posten sind die sogenannten Mindestreserveguthaben, die die Geschäftsbanken bei der Bundesbank zinslos im monatlichen Durchschnitt halten müssen; die Höhe bestimmt autonom die Bundesbank im Rahmen der durch § 16 Bundesbankgesetz gesetzten Obergrenzen.
- 18 Sie verpflichtet sich jedoch durch die Einräumung von Kreditlinien, zum Beispiel Rediskontkontingenten, gegenüber Geschäftsbanken auf bestimmten Gebieten zur Ausführung von Ankaufsgeschäften und räumt damit den Banken sogenannte Liquiditätsreserven ein.

kraftübertragung sind, wenn die Veränderungen auf der Aktivseite der Bundesbankbilanz verfolgt werden. <sup>19</sup>

Nach diesem notwendigen Exkurs kann die Frage, zu wessen Gunsten sich die mit der Inflation verbundene Kaufkraftübertragung auswirkt, beantwortet werden: die Kaufkraft aus der Inflation wird den Personen übertragen, deren Papiere oder sonstigen Aktivwerte die Notenbank bei den zur Geldaufblähung beitragenden Aktivgeschäften ankauft.

Vor 1973 wurde noch das Bretton-Woods-Abkommen über feste Wechselkurse angewendet. Es zwang die Bundesbank Devisen anzukaufen, auch wenn sie es ablehnte.<sup>20</sup> Der Erfolg dieser Praxis war,

- 1. eine inländische Geldvermehrung/Inflation großen Ausmaßes.
- 2. eine Kaufkraftübertragung im gleichen Ausmaß an das Ausland, die sich im anhaltenden Exportboom äußerte.

Das inländische Preisniveau hat sich nur deshalb nicht im Ausmaß der durch die Devisenkäufe ausgelösten Geldaufblähung erhöht, weil die Bundesbank ausgegebene Gelder über das Instrument der Mindestreserven teilweise wieder stillegte.<sup>21</sup> Diese Geldmengenregulierung hat jedoch zu hohen Opfern bei der inländischen, nicht exportorientierten Wirtschaft geführt.<sup>22</sup>

Die Beispiele aus der Geldschöpfungspraxis der Bundesbank und die Erfahrungen mit ihrer Mindesreservepolitik lehren, daß nicht nur die Frage, wie die Geldmenge als globale Größe zu regulieren ist, sondern auch die Frage geklärt werden muß, wer Geldempfänger bei der Geldschöpfung und Adressat bei der Geldvernichtung, dem Geldrücklauf zur Notenbank, sein darf. Denn die Versorgung mit Geld bei der Geldschöpfung kommt einer Subventionierung, der Entzug von Geld beim Rücklauf zur Notenbank einer Besteuerung der Betroffenen und Subventionierung ihrer Konkurrenz in

<sup>19</sup> Die Bundesbank veröffentlicht ihre Bilanz in den Monatsberichten, im Jahresbericht und in Wochenausweisen.

<sup>20</sup> Auch wenn die Bundesbank Devisen nicht h\u00e4tte ankaufen m\u00fcssen, h\u00e4tte die damalige Bundesbankleitung es wohl getan, weil sie vor allem vom »Wert« der festen Wechselkurse \u00fcberzeugt war und diese bis zuletzt verbal und aktiv verteidigte.

<sup>21</sup> Hahn hat diese Politik der Bank Deutscher Lännder vor 1960 schon kritisiert (vgl. Fn. 9, S. 93 ff., 98 ff.).
22 Das Ventil für die Kaufkraftübertragungen an das Ausland ist auch heute noch nicht geschlossen,

weil die Bundesbank über die Währungsschlange noch immer einem Ankaufszwang gegenüber den diesem Währungsverbund angehörenden Devisen unterliegt.
Die Opfer der Mindestreservepolitik dürften unter den mit Krediten arbeitenden Unternehmen und Privatleuten zu suchen sein. Denn die Erhöhung der Mindestreserven verknappt das den Geschäftsbanken für Kredite zur Verfügung stehende Geld und erhöht damit mittelbar das Kreditzinsniveau. Die Unternehmen, speziell der Bauwirtschaft, die mit billigen Krediten große Investitionen getätigt hatten, bekamen diese Erhöhung der Zinslast zu spüren. Sie gerieten in Schwierigkeiten, manche auch an den Rand des Konkurses oder in den Konkurs. Damit behaupte ich nicht, daß diese Politik allein für die Schwierigkeiten der Wirtschaft verantwortlich gemacht werden kann. Es kamen weitere Faktoren hinzu. Zum Beispiel für die Baubranche die Überkapazität – nicht zuletzt eine Folge der dauernden öffentlichen Subventionen – und die Marktsättigung, Fehler in der Unternehmens- und Lohnpolitik.

der Wirkung gleich. Die Selbstbedienung mit Kaufkraft in Form der Falschmünzerei dürfte auch deswegen unter Strafe gestellt sein; sie sollte auch in eleganteren Formen nicht toleriert werden. Die Auswahl der Geldempfänger bei der Geldschöpfung und der Adressaten für den Geldrücklauf darf deshalb weder dem Staat noch anderen Interessenten, die billiges Geld haben möchten, überlassen werden.<sup>23</sup> Das versteht sich von selbst und ist auch im Bundesbankgesetz beachtet. Das Bundesbankgesetz überläßt jedoch die Auswahl der Geldempfänger und der Adressaten des Geldrücklaufs dem Zentralbankrat, was die Frage aufwirft, ob diese Auswahlbefugnis gerechtfertigt ist. Denn die Auswahl der Geldempfänger (Staat, Gold- oder Devisenverkäufer, Produzenten usw.) bei der Geldschöpfung und der Adressaten des Geldrücklaufs ist durch die damit verbundene Kaufkraftübertragung und -vernichtung nicht nur eine Frage geldpolitischer Zweckmäßigkeit, sondern ein Vorgang von großer Bedeutung für den Wirtschaftskreislauf, aber auch für die Verteilungspolitik. Es liegt eine Rechtsfrage vor, die zum Beispiel unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit mit dem Prinzip gleichmäßiger Besteuerung auf einer Stufe steht. Die Auswahl sollte deshalb genauer geregelt sein, als es heute der Fall ist.<sup>24</sup>

#### 3.2.1.2 Vermögensverschiebungen

Die Kaufkraftübertragung ist mit dem Akt der Geldvermehrung abgeschlossen. Die Vermögensverschiebungen dagegen beruhen auf den mittelbaren Wirkungen der Inflation, zum Beispiel dem nominellen Preis- und Einkommmensanstieg. Sie sind Tagesgespräch, so daß einige Andeutungen genügen.

Die an nominelle Einkommen anknüpfende Steuerprogression überträgt Vermögen an den Fiskus, der – das sei angemerkt – damit nicht immer wohlhabender wird, weil sich auch seine Ausgaben mit der Geldentwertung erhöhen. Geldvermögensinhaber verarmen, Sachwertbesitzer dagegen können ihr Vermögen erhalten. Gläubiger langfristiger, nicht wertgesicherter Geldforderungen erleiden Verluste, ihre Schuldner Inflationsgewinne, zum Beispiel bei Ruhegehaltszusagen und Lebensversicherungen.

#### 3.2.2 Allokative Schäden

Weitere wirtschaftliche Schäden, die mit der Inflation in einem mittelbaren, das heißt losen Zusammenhang stehen, sind die sogenannten allo-

<sup>23</sup> Die schlechten Beispiele, zum Beispiel die Kriegsfinanzierung der Könige und Republikaner über die Notenpresse, die meistens im Staatsbankrott endeten, dürfen nicht aus der Erinnerung verschwinden.

<sup>24</sup> Vgl. dazu unten Abschnitt 5.2.

<sup>25</sup> Vgl. die atemberaubende Aufzählung von Benachteiligten bei Bettermann, Zeitschrift für Rechtspolitik, 1974, S. 13.

kativen Effekte. Sie beruhen auf der Kaufkraftübertragung, den Vermögensverschiebungen und Nebeneffekten, die auf die Anpassungsreaktionen der Nachfrager, Anbieter und Vermögensbesitzer zurückgehen.

Die Kaufkraftübertragung beeinflußt unmittelbar die Nachfrage. Die wirksame Nachfrage der Altgeldbesitzer geht real zurück, dafür tritt reale Nachfrage an anderer Stelle durch die Neugeldbesitzer auf, zum Beispiel Staatsnachfrage anstelle von Privatnachfrage, Auslandsnachfrage anstelle von Inlandsnachfrage. Auch die Vermögensverschiebungen, zum Beispiel die Flucht in die Sachwerte, bewirken tiefgreifende Veränderungen der Nachfragestruktur. Die veränderte Nachfrage löst Anpassungsreaktion bei Anbietern von Produkten und Diensten aus. Es kommt zu Umleitungen, wie sie auch durch Subventionen ausgelöst werden. Daraus können Fehlleitungen werden, es entwickeln sich zum Beispiel durch die aufgeblähte Auslandsnachfrage Überkapazitäten im Exportbereich, durch die Staatsoder Sachwertnachfrage Überkapazitäten im Infrastruktur- und Baubereich. Auf der anderen Seite werden durch die inflationsbedingten Verschiebungen Strukturveränderungen verhindert.

Auch die Schutzreaktionen der Inflationsgeschädigten verändern die Verhältnisse. Die Flucht aus dem Geldvermögen verändert die Verhältnisse auf den Kredit- und Kapitalmärkten; der langfristige Kredit geht zurück, der kurzfristige Kredit gewinnt an Boden. Überhaupt nimmt die Bereitschaft, sich langfristig zu engagieren, ab. Über erhöhte Zinsen wird versucht, so gut es geht und erlaubt ist, die inflationäre Verlustrate für Geldvermögen zu schmälern. Geldvermögensinhaber gehen, wo Wertsicherungsklauseln verboten sind, Bindungen zu fragwürdigen Abschreibungsgesellschaften ein, es entstehen anstelle der Lebensversicherungen Betriebspensionsverträge, die die Mobilität der Arbeitskräfte beeinträchtigen. Letztlich sind das alles Krücken für den gestörten Kapitalmarkt. – Bei den Lohnverhandlungen werden Inflationserwartungen in Tarifverträgen einzementiert, die sich nachträglich als falsch erweisen können und dann die eine Seite zum Gewinner, die andere zum Verlierer stempeln und die Wut der Betroffenen erhöhen, wie wilde Streiks bewiesen haben. 26

#### 3.2.3 Orientierungsverluste

Der Preis ist in der Marktwirtschaft das Instrument, mit dem die Einzelpläne der Nachfrager und Anbieter, Verbraucher und Produzenten aufeinander abgestimmt werden. Über die Preise wird die Marktwirtschaft gelenkt. Die Bedeutung des Preises als Lenkungsmaßstab, zum Beispiel auch im Rechnungswesen, bei der Abschreibung<sup>27</sup> usw., kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die wesentlichste Voraussetzung dafür, daß die Preise ihre Funktion als Maßstab zur Ausrichtung für die Wirtschaftssubjekte erfüllen, ist: die Preise müssen die realen Verhältnisse, zum Beispiel die realen Veränderungen der Nachfrage, die reale Knappheit der Güter und Dienste, anzeigen, Das durch die Inflation mittelbar angehobene Preisniveau zeigt jedoch keine realen Veränderungen der Nachfrage und des Angebots, sondern nur Kaufkraftverluste des Geldes an. Den Preisen als solchen kann man nicht ansehen, ob sie reale Veränderungen oder nur den Kaufkraftverfall anzeigen, was die Orientierung erschwert. Hinzu kommt, daß sich die Inflation nicht direkt, sondern erst über viele Stationen, zum Beispiel die Anpassungsreaktionen der Wirtschaftsubiekte, in nominell steigenden Preisen umsetzt. Deshalb ist die Prognose, wann sich eine Geldvermehrung in steigenden Preisen niederschlägt, schwer. Nicht einmal Nachfrager und Anbieter, die die Monatsberichte der Bundesbank lesen und daraus eine Geldaufblähung erkennen können, vermögen sicher vorauszusagen, wann der Preisanstieg beginnt, wo nur nominelle, wo reale Veränderungen auftreten. Der Preisindex hilft auch nicht viel weiter, weil er nur sagt, wie es war, aber nicht, wie es sein wird, nur Durchschnittsangaben enthält und reale und nominelle Preisveränderungen im Einzelfall nicht auseinanderhält. Auch die Mitteilung der Bundesbank über ihr Geldmengenziel erlaubt keine genauen Voraussagen darüber, wann und in welcher Höhe sich die Preise ändern werden. Denn es bleibt offen, ob die der Geldmengenzielvorgabe zugrundeliegenden Prognosen eintreffen, zum Beispiel das Sozialprodukt sich nach der Prognose oder anders entwickelt.

Die Kaufkraftübertragungen und Vermögensverschiebungen als Folge der Inflation treten als reale Kräfte auf und können die reale Nachfrageund Anbieterstruktur umschichten. Einige Anbieter können deshalb reale Nachfragesteigerungen erleben, andere reale Nachfrageausfälle. Entsprechend können manche Nachfrager eine verstärkte Nachfragekonkurrenz durch neue Nachfrager, andere einen Rückgang der Nachfragekonkurrenz feststellen. Auch diese realen Umschichtungen erschweren die Orientierung.

Die Umschichtungen und Verschiebungen der realen Nachfrage in Verbindung mit dem nominellen Preisanstieg beeinträchtigen die Funktion des Preises als Maßstab für reale Veränderungen in der Angebots- und Nachfragestruktur und führen zu Orientierungsverlusten bei allen Beteiligten in der Wirtschaft. Daß sie unter diesen Umständen unsicher werden und

<sup>27</sup> Bei Preissteigerungen jeder Art fällt die an alten Preisen orientierte Abschreibung zu gering aus und führt zu Substanzverlusten und Scheingewinnen. Sie müßte an die gestiegenen Preise angepaßt werden, damit diese Fehler nicht auftreten.

reagieren und abwarten, zum Beispiel Anschaffungen und Investitionen aufschieben, ist verständlich und erklärt, wie inflationäre lautlos in deflationäre Erscheinungen übergehen können. Zur Zeit haben wir beides in Form der sogenannten Stagflation, bei der stagnative Erscheinungen, wie der Investitionsrückgang und Arbeitslosigkeit, und inflationäre Erscheinungen, wie der Preisanstieg, zusammen auftreten. Wer versucht, die gegenwärtige Stagnation allein mit der Inflation zu erklären, macht es sich zu leicht. So einfach liegen die Dinge nicht; es spielen viele Faktoren eine Rolle.

#### 4. Ursachen der Inflation

Bevor versucht wird zu entwickeln, mit welchen geldpolitischen Instrumenten möglicherweise der Inflation im Sinne der Geldaufblähung entgegengetreten werden könnte, ist noch auf die Ursachen der »Inflation« einzugehen.

Wer - wie ich - die Aufblähung der Geldmenge als »Inflation« bezeichnet, muß die Ursache der Inflation begriffsnotwendig in der Aufblähung des Zentralbankgeldes sehen. Aber das genügt nicht und läßt im übrigen im Dunkeln, warum noch immer heftig über die Ursachen der Inflation gestritten wird.

Den modernen Erklärungsversuchen, den sogenannten Inflationstheorien, ist eines gemeinsam. Sie fragen kaum danach, woher das Geld kommt, mit dem höhere Preise bezahlt werden, sondern untersuchen vor allem, wie höhere Preise aus dem Verhalten der Beteiligten in der Wirtschaft zu erklären sind.

Wer an die Zeit der Hyperinflation um 1923 denkt oder gar diese Zeit miterlebt hat, wird auf die Frage, woher die Inflation komme, wahrscheinlich antworten: vor allem aus der Notenpresse. Wer danach ein modernes Lehrbuch der Geldtheorie und Geldpolitik befragt, wird auf eine Fülle von Erklärungstheorien stoßen.<sup>29</sup> Die Notenpresse, das heißt die Ver-

- 28 Die Volkswirtschaft macht jetzt die gründliche und leidvolle Erfahrung, daß die Inflation nicht die von Keynes und seinen Nachfolgern behauptete und erwartete konjunkturfördernde Wirkung hat, sondern von ihr selbst stagnative Impulse ausgehen: das ist ein trauriges Ergebnis, weil Keynes und seine Anhänger ausgezogen waren, die in der gegenwärtigen Geldverfassung angelegten stagnativen Impulse mit ihren Instrumenten zu überwinden, aber Stagnation ernten. Sie, aber auch die Gegner der Konzepte von Keynes, deren Voraussagen sich jetzt erfüllt haben, stehen vor einem Dilemma; es gilt nicht nur die Inflation zu bewältigen, sondern es ist auch die ungelöste Aufgabe anzugreifen, die in der gegenwärtigen Geldverfassung angelegten stagnativen Impulse zu beseitigen. Vgl. dazu die Beiträge von Felix G. Binn und Fritz Penserot in Heft 127 der Fragen der Freiheit, S. 3 ff. und 27 ff. Wäre nicht die Reform der Geldverfassung zur Überwindung der Inflation eine günstige Gelegenheit auch dafür?
- 29 Vgl. zum Beispiel Lipfert, Einführung in die Währungspolitik, 8. Aufl., München 1974, S. 11 ff.; H.-J. Jarchow, Theorie der Geldpolitik I, 2. Aufl., Göttingen 1974, S. 180 ff.; Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie III, 12. Aufl., Tübingen 1973, S. 157 ff.; Otmar Issing, Einführung in die Geldtheorie, Heidelberg 1976, S. 122 ff.; Duwendag, Ketterer, Kösters, Pohl und Simmert, Geldtheorie und Geldpolitik, Köln 1974, S. 54 ff.; Siebke/Willms Fn. 11, S. 11 ff.; Schmölders Fn. 2, S. 34 ff., 47 ff. und 356 ff; Rieter Fn. 2, S. 26 ff.

mehrung der Zentralbankgeldmenge wird nur am Rande behandelt. Schaut man genauer hin, so versuchen diese sogenannten Inflationstheorien nur die Ursachen des Preisanstiegs zu erklären. Der Begriff »Inflation« bezeichnet hier nicht die Aufblähung des Geldvolumens, sondern wird mit dem steigenden Preisniveau gleichgesetzt.

Die Preisniveautheorien, wie sie jetzt einmal genannt werden sollen, um das begriffliche Verwirrspiel zu beenden, haben sich entwickelt, weil zwischen der Geldaufblähung und dem Preisanstieg kein direkter, sondern nur ein loser Zusammenhang besteht. Die Geldvermehrung schlägt sich im Preisanstieg nur nieder, wenn Anbieter nominell höhere Preise verlangen und Nachfrager sie bezahlen. Die Entdeckung des nur mittelbaren Zusammenhangs zwischen Geldvermehrung und Preisanstieg war der Ausgangspunkt für die Entwicklung der Preisniveautheorien und führte zu der für die Wirtschaftswissenschaft und die Wirtschaftspolitik interessanten Fragestellung, welcher Zusammenhang zwischen Geldaufblähung und Preisanstieg und umgekehrt zwischen Preisanstieg und Geldvermehrung besteht. Die primitive Quantitätstheorie hatte den direkten Zusammenhang behauptet, konnte jedoch nicht erklären, warum der Preisanstieg trotz enormer Geldaufblähung nicht eintrat, zum Beispiel bei Kriegen, bei denen die Geldmenge erheblich aufgebläht, durch Kriegsanleihen aber wieder stillgelegt wurde. Deshalb entstand die verbesserte Quantitätstheorie, die mit dem Begriff der Umlaufgeschwindigkeit den Begriff der wirksamen Nachfrage einführte und in der sogenannten Identitäts- oder Verkehrsgleichung von Irving Fisher ihren mathematischen Ausdruck fand. Aber auch diese Theorie, die nur besagt, daß alle Käufe zugleich Verkäufe, alle Zahlungen zugleich Geldeingänge beim Empfänger sind, erklärt nur relativ ungenau mit dem Begriff Nachfrage, wie ein Preisanstieg entstehen kann, aber nicht wann er entsteht und welche weiteren Ursachen den Preisanstieg auslösen. Außerdem ist sie mit verschiedenen realen Phänomenen nicht in Einklang zu bringen und kann deshalb nur bei Unterstellung unrealistischer Annahmen befriedigende Antworten geben. Deshalb wurden weitere Theorien des Preisanstiegs entwickelt und vor allem empirische Untersuchungen angestellt. Es entstanden die sogenannten Nachfrageinflationstheorien. Sie erklären den Preisanstieg vom Nachfrageverhalten aus und beobachten neben der Haushalts- und Unternehmens- vor allem die Staats- und Auslandsnachfrage, von denen besondere Impulse des Preisanstiegs ausgehen sollen. Diesen Theorien wurden die sogenannten Angebotsinflationstheorien entgegengestellt. Sie lehren, daß der Preisanstieg vom Angebot her komme. Es sind die sogenannten cost-push-Theorien und die Marktmachttheorien. Ihnen liegt die Vorstellung zugrunde, daß die Kosten, zum Beispiel die Lohnkosten und die Gewinne die Preise treiben - Stichwort: Lohn-Preis- und

Preis-Lohn-Spirale –, und die Monopole und Oligopole und der Staat mit ihrer Marktmacht die Preise nach oben stoßen. Die jüngsten Erfahrungen mit den Benzin- und Autopreisen und manchen administrierten Preisen bei staatlichen Dienstleistungen und der Lohnkampf der Gewerkschaft ÖTV im Jahre 1976 scheinen diesen Theorien recht zu geben. Schließlich entstanden auch noch außerökonomische Faktoren einbeziehende Theorien, zum Beispiel die sogenannte sozialpsychologische Theorie des Geldwerts. Diese Theorie behauptet, daß ohne Glauben an die Kaufkraftbeständigkeit des Geldes die Kaufkraft des Geldes nicht stabil bleiben könne. Hauch diese Theorie kann sich auf Tatsachen berufen, weil der Glaube an die Kaufkraftbeständigkeit oder -nichtbeständigkeit das Anbieter- und Nachfrageverhalten nachhaltig beeinflußt und deshalb mit Preisanstiegsverzögerungen oder -beschleunigungen im Zusammenhang steht. Aber der Blick auf diese Theorie sollte zeigen, wie weit sich im Verlaufe der Jahre dieser Theorienstreit verästelt hat.

Dieser Theorienstreit hat einen gefährlichen Nebeneffekt: die einzelnen Theorien bieten den Parteien in der Wirtschaft und in der Politik Anlässe und Rechtfertigung, der jeweils anderen Partei die Schuld am Preisverfall und an seinen Folgen in die Schuhe zu schieben. Die Argumentation mit der Lohn-Preis-Spirale oder umgekehrt mit der Preis-Lohn-Spirale ist ein Beispiel dafür. <sup>33</sup> Die Theorie, wonach die Gewerkschaften bzw. die Unternehmer die »Inflation« verursachen, taugt ebenso zur Demontage der guten Sitten wie die Behauptung, die Regierung oder die Opposition trage die Schuld an der »Inflation«. Es ist zwar richtig, daß die Politik der Verbände oder der Regierung aufgrund ihrer Macht Daten für die Wirtschaft, zum Beispiel Preise zum Schaden Dritter, ändern kann. Aber weder die kritisierten Verbände – mögen sie auch noch so mächtig sein und mit ihrem Tun die Wirtschaft schwer belasten – noch die Regierung oder die Opposition drucken Geld und können die Geldmenge vermehren. Sie können daher die inflationären Erscheinungen allein aus sich heraus nicht hervorbringen.

Die Entwicklung des modernen Theorienstreits ist aus zwei Gründen zu bedauern: einmal hat man übersehen, genaue Bezeichnungen zu wählen, und Inflationstheorien genannt, was Preisniveautheorien sind, und damit viel Verwirrung gestiftet. Zum anderen hat man im Verlaufe der immer genaueren

<sup>30</sup> Günter Schmölders vertritt sie zum Beispiel (vgl. Fn. 2, S. 47 ff. und 356 ff.). Vgl. auch Rieter Fn. 2, S. 27.

<sup>31</sup> Vgl. Schmölders Fn. 2, S. 49 ff.

<sup>32</sup> Zur Entwicklung der Theorien ausführlich Rieter Fn. 2, S. 26 ff.

<sup>33</sup> Vgl. Schmölders Fn. 2, S. 356 ff. Er sieht die Inflation vor allem als Folge des Verteilungskampfes um das Volkseinkommen, was m. E. zur Erklärung des allgemeinen Preisanstiegs nicht ausreicht. Zu Recht greift er freilich die Marktmacht der Oligopole, Monopole, des Staates und der Verbände an.

Entwicklung der Preisniveautheorien und anknüpfender empirischer Untersuchungen mehr und mehr den längst erkannten und beschriebenen Zusammenhang zwischen Geldvermehrung und Preisanstieg geleugnet<sup>34</sup> und vereinzelt sogar der Geldmengenvermehrung jede praktische Wirkung auf den Preisanstieg abgesprochen, zum Beispiel die Bank deutscher Länder im Monatsbericht August 1955 und die Begründung des Gesetzentwurfs zum Bundesbankgesetz.<sup>35</sup> »Im allgemeinen hat sich in der praktischen Währungspolitik die Meinung durchgesetzt, daß man mit einer quantitativen Begrenzung des Geldumlaufs allgemeinster Art auskommt«, schrieb Otto Veit noch 1969.<sup>36</sup>

Milton Friedman und seiner Schule, den sogenannten Monetaristen,<sup>37</sup> scheint es mit einem großen theoretischen und empirischen Aufwand gelungen zu sein, der Binsenwahrheit wieder Geltung zu verschaffen, daß die Vermehrung der Zentralbankgeldmenge zentrale Bedeutung für den Preisanstieg hat.38 Sie ist conditio sine qua non für den allgemeinen Preisanstieg, das heißt die Aufblähung der Zentralbankgeldmenge ist nicht die alleinige Ursache des Preisanstiegs, aber ohne die Vermehrung der Geldmenge gibt es keinen Preisanstieg, weil das für Güter und Dienste ausgegebene Geld, das der Maßstab für ihre Preisentwicklung ist, nur so häufig umgeschlagen wird, wie Güter und Dienste umgesetzt werden; es kann nicht schneiler umlaufen, als Güter und Dienste umgesetzt werden. Deshalb können allgemein höhere Preise nur auftreten, wenn mehr Geld für Güter und Dienste bezahlt wird. Beim Geldmonopol der Notenbank gibt es nur zwei Quellen für mehr nachfragewirksames Geld für den Güterund Diensteumsatz. Einmal kann, wenn sich der Ausnutzungsgrad der vorhandenen Geldmenge erhöht, brach liegendes Geld nachfragewirksam in den Güter- und Dienstekreislauf fließen. Zum anderen kann mehr Geld von der Notenbank ausgegeben werden und nachfragewirksam im Güterund Dienstekreislauf erscheinen. Beide Quellen können auch gleichzeitig wirksam sein. Der Ausnutzungsgrad des Geldes, die sogenannte Umlaufgeschwindigkeit, verändert sich - wie jüngste Erfahrungen zeigen<sup>39</sup> - nicht nur in Zeiten wie der Koreakrise relativ schnell; aber der Geldvermehrung

<sup>34</sup> Speziell in der Wissenschaft ist zwar davon ausgegangen worden, daß ohne Geldvermehrung ein allgemeiner Preisanstieg unmöglich ist. Aber die Vertreter der Nachfrage- und Anbieterinflationstheorien behaupten trotzdem, daß man im vermehrten Geldangebot keine mitwirkende Inflationsursache sehen dürfe (!); vgl. Rieter Fn. 2, S. 57 f. und 89 ff. mit vielen Nachweisen.

<sup>35</sup> Vgl. Schmölders Fn. 2, S. 44.

<sup>36</sup> Vgl. Veit Fn. 1, S. 224.

<sup>37</sup> Vgl. zum Beispiel Milton Friedman, Die optimale Geldmenge und andere Essays, Frankfurt 1976; Rieter Fn. 2, S. 35 ff.

<sup>38</sup> Das hebt vor allem von Hayek hervor (vgl. Fn. 13, S. 75. Vgl. auch Schlesinger, Kredit und Kapital 1976, S. 433 f.).

<sup>39</sup> Schlesinger, Kredit und Kapital 1976, S. 441 f.

sind im Güter- und Dienstekreislauf trotzdem durch die Erhöhung des Ausnutzungsgrads der umlaufenden Geldmenge enge Grenzen gesetzt. Daher kann letztlich das Preisniveau der Güter und Dienste nur steigen, wenn die Notenbank das Geld vermehrt und damit höhere Preise ermöglicht.

Diese wieder entdeckten Zusammenhänge bestimmen mehr und mehr auch die geldpolitische Praxis. Anfang der 70-iger Jahre hat man erfahren, daß die Geldvermehrung aufgrund der Ankaufsverpflichtung der Bundesbank für Devisen zur Sicherung fester Wechselkurse durch gegenläufige Maßnahmen, zum Beispiel die Mindestreservenpolitik, nicht genügend ausgeglichen werden konnte und zum Preisanstieg und zu den durch die Ausgleichsbemühungen verursachten Schäden führte. Deshalb hat man die Politik fester Wechselkurse aufgegeben. 40 Neuerdings wird deutlich gesagt, daß – in den Worten von Zentralbankratsmitglied Schlesinger – der Preisanstieg »mit einer beträchtlichen Ausweitung der Geldmenge einhergeht, ja, daß mittelfristig die Preise praktisch parallel zur Geldmenge steigen, soweit deren Zunahme nicht durch einen entsprechenden Anstieg des realen Sozialprodukts gedeckt ist, und eine Ausweitung der nationalen Geldmenge nicht stattfinden kann ohne Mitwirkung der Notenbank«.41

#### 5. Zur Überwindung der Inflation und ihrer Wirkungen

#### 5.1 Geldversorgung ohne Geldaufblähung

Zieht man Schlüsse aus dem Gesagten, so ist die Grundlage für die Überwindung der Inflation und ihrer Folgen eine Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld, die eine Aufblähung des Geldvolumens über das verzehrbare – oder wie es Schlesinger sagt – über das reale Sozialprodukt hinaus vermeidet, mit anderen Worten: eine Zentralbankgeldversorgung nach Maßgabe des verzehrbaren Sozialprodukts ist erforderlich. Das ist leichter gesagt, als getan. Denn lange schon ist erkannt, daß die Geldversorgung nach dem Prinzip relativer Knappheit begrenzt werden müsse. Nur der Maßstab, der »Indikator«, war unklar und scheint auch heute noch unklar zu sein. Denn zunächst hatte die Bundesbank das auch von der Wissenschaft geteilte Rezept befolgt, daß eine quantitative Begrenzung der Geldmenge allgemeinster Art ausreiche, aber damit Schiffbruch er-

<sup>40</sup> Schlesinger, Kredit und Kapital 1976, S. 434 f.

<sup>41</sup> Schlesinger, FAZ vom 10. 4. 1976, abgedruckt in Presseauszüge der Bundesbank Nr. 25/1976, S. 1, und Kredit und Kapital 1976, S. 433 f.

<sup>42</sup> Freilich - und das sei hier betont, um Mißverständnisse auszuschließen - kann allein mit einer besseren Geldversorgung die Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht herbeigezaubert werden, nicht einmal das Inflationsproblem gelöst werden, weil in der Wirtschaft Kräfte wirken, die, wie die Preisniveautheorien belegen, vor allem mit Machteinsatz versuchen, die wirtschaftlichen Bedingungen zu ihren Gunsten zu wenden, und damit Instabilität hervorrufen.

<sup>43</sup> Forstmann Fn. 1, S. 62 ff. mit Nachweisen; Veit Fn. 1, Si. 220.

litten. 44 Man sieht sich deshalb vor die Aufgabe gestellt, mit der quantitativen Begrenzung ernst zu machen und deshalb die Frage theoretisch und praktisch zu beantworten, welcher Maßstab zur Begrenzung herangezogen, wie dieser praktisch gemessen und anschließend zur Grundlage der Geldmengenbestimmung gemacht werden soll. Hier erweist es sich als Mangel, daß die Geldtheorie und empirische Forschung sich Jahrzehnte lang wenig mit diesen Problemen befaßte, so daß die gestellte Frage nicht schlüssig beantwortet werden kann. Darunter leidet vor allem die Bundesbank, die seit drei Jahren versucht, die Geldmenge genauer quantitativ zu begrenzen. Sie hatte Ende 1974 erstmals verkündet, sie werde im Verlauf des Jahres 1975 die Geldmenge (nur) um 8% erhöhen. Für 1976 und 1977 hat sie auch 8% Geldvermehrung angekündigt. An ihr Geldmengenziel konnte sich die Bundesbank im Jahre 1975 knapp halten, 1976 hat sie es überschritten. 45 Die Bundesbank richtet sich bei ihren Geldmengenbeschlüssen nach dem erwarteten Zuwachs des Bruttosozialprodukts und dem erwarteten Preisanstieg und berücksichtigt den Ausnutzungsgrad der Geldmenge, die sogenannte Umlaufgeschwindigkeit. Sie paßt sich damit den Vorschlägen von Milton Friedman bis zu einem gewissen Grade an. Für das Jahr 1977 lauteten die Prognosen 5% Zuwachs des Bruttosozialprodukts, 3 1/2 – 4% Preisanstieg und eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit um 1%. Daraus ergab sich ein Geldmengenziel von 5% + 4% - 1% = 8%.46

Das Bruttosozialprodukt setzt sich zusammen aus Gütern, Diensten und Nutzungen. Wenn es richtig ist, daß das Zentralbankgeld in Relation zum verzehrbaren Sozialprodukt stehen muß, so fällt die am Bruttosozialprodukt ausgerichtete Geldmenge zu hoch aus. Die Bundesbank orientiert sich bei ihrer Geldmengenzielbestimmung an relativ unsicheren Prognosen; sie kann deshalb – wie es plastisch in der Fußballersprache heißt – nicht nahe genug am Ball sein. Die Rücksichtnahme auf die Umlaufgeschwindigkeit, den Ausnutzungsgrad der umlaufenden Geldmenge, ist berechtigt, aber deshalb ein schwacher Punkt im Geldmengenkonzept der Bundesbank, weil diese Größe eigentlich relativ stabil sein sollte. Denn, wenn der Ausnutzungsgrad des umlaufenden Geldes nicht einigermaßen stabil gehalten werden kann, ist eine genaue Geldmengenregulierung ausgeschlossen, weil auch noch die brach liegende Geldmenge ermittelt werden muß, man dabei bisher aber nicht über grobe Schätzungen hinauskommt. Damit ist das

<sup>44</sup> Es wurden und werden zum Beispiel die Entwicklung der Bankenliquidität und Zinsen als Indikatoren für die Geldmengenpolitik herangezogen (vgl. Siebke/Willms Fn. 11, S. 168 ff.; Duwendag u. a. Fn. 29, S. 210 ff.).

<sup>45</sup> Vgl. die Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1975/76, Bundestagsdrucksache 7/4326, S. 88 f. und 1976/77, Bundestagsdrucksache 7/5902, S. 85 ff. Auch für 1977 wird erwartet, daß das Geldmengenziel nicht eingehalten wird (vgl. Otto Schwarzer, Süddeutsche Zeitung Nr. 289, vom 15. 12. 1977, S. 23).

<sup>46</sup> Monatsbericht der Bundesbank Januar 1977, S. 5 ff.

Thema der Umlaufsicherung, der Sicherung eines stabilen Ausnutzungsgrades der Geldmenge angesprochen. Dieses Thema gehört jedoch nicht zum Gegenstand dieses Beitrags.<sup>47</sup>

Auch die sogenannte Indexwährung wird zur Geldmengenregulierung empfohlen. Sie ist vor allem propagiert worden von Irving Fisher, Hawtrey und früher auch von Keynes. Man möchte damit den »Tanz des Dollars«, der am maßgeblichen Preisindex abgelesen wird, mit gegenläufigen Maßnahmen der Notenbank bändigen. Gedacht ist dabei an den Großhandelspreisindex, den Konsumgüterpreisindex oder arithmetische Mittel aus diesen Güterindices als Indicator.<sup>48</sup>

Sympathisch an der Indexwährung ist die Anknüpfung an Güterpreisindices, weil man sich damit der Größe des verzehrbaren Sozialprodukts erheblich nähert. Denn Dienstleistungen und Nutzungen werden dabei nicht berücksichtigt. Aber die Festlegung der Preisindices ist immer noch mit vielen Unsicherheitsfaktoren und auch mit Sach- und Zeitaufwand belastet. Außerdem wurde festgestellt, daß sich eine Geldvermehrung nur über viele Stationen im Preisanstieg äußerst und deshalb zeitweise auch ausbleiben kann, so daß weitere zeitliche Verzögerungen eintreten. Damit kann die Notenbank nur nachträglich und deshalb nur mit erheblichen Risiken gegensteuern aber nicht schon bei der Geldversorgung richtig handeln. Deshalb erfüllt m. E. die Indexwährung nicht die Anforderungen für eine genaue Regulierung des Zentralbankgeldes. 49

Friedrich A. von Hayek hat 1976 vorgeschlagen, man solle das Geldausgabemonopol der staatlichen Notenbank beseitigen und durch eine Geldverfassung konkurrierender Währungen ersetzen. Neben der staatlichen Notenbank soll es auch privaten Geschäftsbanken erlaubt werden, eigenes Geld auszugeben, das sich aber vom staatlichen und vom Geld anderer Geschäftsbanken deutlich unterscheiden muß. 50 Von Hayek unterstreicht, daß das System konkurrierender Währungen nur funktionieren könne, wenn jede Bank deutlich unterscheidbares Geld bereit hält, zum Beispiel die staatliche Notenbank die Mark, die Sparkasse den Gulden, die Commerzbank den Franken; das unterscheidet sein System vom Zettel-

<sup>47</sup> Vgl. dazu die Beiträge von Felix G. Binn und Fritz Penserot in Fragen der Freiheit Heft 127, S. 3 ff. und 27 ff. von Hayek sieht im Ausnutzungsgrad der Geldmenge auch Probleme (vgl. Fn. 13, S. 76 f.).

<sup>48</sup> Vgl. dazu Veit Fn. 1, S. 164 ff.

<sup>49</sup> Nach W. C. Mitchell und Gustav Cassel bedarf die Indexwährung der Ergänzung durch die Ergebnisse anderer Konjunkturbeobachtungen (Schmölders Fn. 2, S. 160), wenn sie nur einigermaßen korrekte Geldmengenvorgaben erreichen soll. Denn die Geldmenge muß dem verzehrbaren Sozialprodukt zum jeweiligen Zeitpunkt angepaßt sein, was ohne Anknüpfung an den Produktionsverlauf nicht gelingt und deshalb zur Beobachtung des Produktionsverlaufs zwingt.

<sup>50</sup> Vgl. von Hayek, Denationalisation of Money, Fn. 13, und Choice in Currency, A Way to stop Inflation, Occasional Paper Heft 48, London 1976.

bankwesen des 18. und 19. Jahrhunderts, weil die Zettelbanken gleiches Geld ausgegeben haben. Er erwartet, daß der Wettbewerb um die Kunden der Bank auf Dauer die günstigsten Gewinn- und Existenzaussichten eröffnet, die die Kaufkraftstabilität ihres Geldes in der Praxis erreicht. Daher sei mit konkurrierenden Währungen eher Inflation vermeidbar als mit der staatlichen Geldversorgung über ein staatliches Geldmonopol. Zwar könne das staatliche Geldmonopol auch die Kaufkraftstabilität seines Geldes erreichen, aber ohne Wettbewerb sei – wie die Erfahrung lehre – die Versuchung immer zu groß gewesen, das Monopol Einzel- oder Gruppeninteressen dienstbar zu machen; ohne Wettbewerb drohe diese Gefahr auch für die Zukunft.<sup>51</sup>

Es gibt bereits den Erwartungen von Haveks entsprechende Erfahrungen in einem der Geldausgabe benachbarten Bereich, nämlich auf dem Kreditsektor. Die Banken leben u. a. von der Vergabe von Krediten, deren Basis sie mit Einlagen finanzieren. Um im Markt zu bleiben, müssen sie darauf achten, ihren »Kredit« sowohl ihren Einlegern als auch ihren Darlehenskunden gegenüber zu erhalten. Sie dürfen nicht alle Darlehenswünsche erfüllen wollen, sondern müssen jederzeit so liquide sein, daß sie ihre Zahlungsverpflichtungen auf der Einleger- und der Kreditkundenseite erfüllen können. Gelingt ihnen das nicht, verlieren sie ihren Ruf und meistens auch ihre Existenz. Die genaue Begrenzung des Kreditangebots ist deshalb für eine Geschäftsbank eine Existenzfrage, Das relativ problemlose Funktionieren des Kreditmarkts beweist: Die miteinander im Wettbewerb stehenden Banken sind nicht nur in der Lage, unterstützt durch Kreditschutzgesetze und staatliche Kreditaufsicht, das Kreditangebot nach ihrem Liquiditätsgrad zu begrenzen und dafür geeignete Indikatoren zu entwickeln, sondern begrenzen das Kreditangebot und entwickeln die erforderlichen Maßstäbe auch tatsächlich. Eine Monopolkreditbank stände dagegen nicht unter dem gleichen Druck, ihr Kreditangebot zu begrenzen. Es spricht daher einiges dafür, daß im Wettbewerb stehende Geldausgabebanken nicht nur in der Lage sein werden, ihr Geldangebot zur Erhaltung der Kaufkraft zu begrenzen, sondern es auch tun und geeignete Maßstäbe (Indikatoren) entwickeln, um im Geschäft zu bleiben.

Man wird abwarten müssen, wie diese neuen Vorstellungen zur Geldverfassung aufgenommen werden.<sup>52</sup> Hier interessiert aber noch, welchen

<sup>51</sup> Von Hayek betont, daß er, wenn er sich gegen jedes staatliche (und private) Geldmonopol wende, damit dem Staat, das heißt dem Gesetzgeber, das Recht nicht streitig mache, das gesetzliche Zahlungsmittel festzulegen, in dem zum Beispiel gesetzliche Schuldverhältnisse, wie Schadensersatzund Unterhaltsverpflichtungen und Steuerzahlungen zu erfüllen sind. Er könne weiter das von der staatlichen Notenbank ausgegebene Geld als gesetzliches Zahlungsmittel festlegen (vgl. Choice in Currency, Fn. 50, S. 17). – In Denationalisation of Money (Fn. 13, S. 33) schreibt er, daß es auch die Aufgabe der Gerichte sei zu entscheiden, mit welchem Geld gesetzliche Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen sind; der Gesetzgeber müsse es nicht festlegen.

<sup>52</sup> Vgl. dazu Alfred Schüller in diesem Heft »Fragen der Freiheit«.

Indikator von Hayek für die Geldangebotsbegrenzung den Banken empfiehlt. Einmal hält er den Wechselkurs des Geldes einer Bank zum kaufkraftstabilen Geld anderer Banken für einen geeigneten Indikator. Außerdem empfiehlt er die Preise bestimmter Warenkörbe als Maßstab für die Kaufkraftstabilität und bevorzugt dabei – wie die Anhänger der sogenannten Warenreservewährungen – die Preise von Rohstoffen und bestimmter Halbfertigfabrikate, weil sie internationale und an Börsen entstehende Preise sind. <sup>53</sup> Die oben gegen die Stabilitätsindikatoren bei Indexwährungen erhobenen Einwände richten sich deshalb auch gegen die Indikatorvorschläge von Hayek. Damit wende ich mich jedoch nicht gegen die originelle Idee von Hayeks, die Zuständigkeit für die Geldausgabe auch privaten Banken zu übertragen und damit ein System konkurrierender Währungen aufzubauen.

#### 5.2 Auswahl der Geldempfänger und Geldrücklaufsadressaten

Die von der Bundesbank angestrebte Geldmengenregulierung nach dem Bruttosozialprodukt, das Konzept der Indexwährung und von Hayeks Empfehlung zum Indikatorproblem dienen nur der Mengenregulierung. Wenn es richtig ist, daß mit jeder Geldschöpfung durch die Notenbank Kaufkraft an den Geldempfänger übertragen und mit jedem Geldrücklauf an die Notenbank Kaufkraft vernichtet wird, so genügt die Mengenregulierung allein nicht. Vielmehr muß auch noch der legitime Neugeldempfänger und der legitime Adressat für den Geldrücklauf ausgewählt werden, damit verhindert wird, daß ungerechtfertigte Kaufkraftübertragungen auftreten und ungerechtfertigte Kaufkraft vernichtet wird.

Diese Aufgabe scheint lösbar zu sein: Geld vermittelt, wie behauptet wurde, die Zugriffsbefugnis auf Teile des verzehrbaren Sozialprodukts. Das verzehrbare Sozialprodukt ist die Summe aller absatzfähigen Waren. Die Waren sind vor dem Absatz Eigentum der Produzenten; sie vergrößern mit ihrem Eigentum das verzehrbare Sozialprodukt. Daher scheint es mir nicht nur legitim, sondern unabdingbar zu sein, daß die Produzenten die Empfänger des dafür geschöpften Geldes und der damit verbundenen Kaufkraft sind. – An den Handel gelangt schließlich beim Warenabsatz das geschöpfte Geld. Die Händler scheinen deshalb die legitimen Adressaten für den zur Geldmengenregulierung erforderlichen Geldrücklauf zur Notenbank zu sein.

#### 5.3 Überlegungen zur regulierten Geldversorgung

Die bisherigen Überlegungen haben folgendes ergeben:

1. Die Summe aller jeweils absetzbaren Waren, das verzehrbare Sozial-

- produkt, ist die maßgebliche Bezugsgröße für die Geldmengenregulierung.
- 2. Neu geschöpftes Geld darf nur an die jeweiligen Produzenten der absetzbaren Waren fließen.
- 3. Nur die Händler, die Waren abgesetzt haben, dürfen Rücklaufsadressaten für zu vernichtendes Geld sein.

Die Geldversorgung der Wirtschaft muß also danach parallel zur Entwicklung des verzehrbaren Sozialprodukts verlaufen und über die Produzenten bei der Geldschöpfung und über den Handel beim Geldrücklauf zur Notenbank abgewickelt werden. Im einzelnen bedeutet das folgendes:

- Die absetzbare Ware muß monetisiert werden. Das heißt: Für jede absetzbare, das verzehrbare Sozialprodukt vergrößernde Ware muß in Höhe des zwischen dem Produzenten und Händler vereinbarten Preises neues Geld als Kaufkraft geschöpft werden und an den Produzenten fließen.
- 2. Bei jedem Warenabsatz vom Handel zum Verbraucher, der das verzehrbare Sozialprodukt verringert, muß Geld in Höhe des für diese Ware geschöpften Neugeldes aus dem Umlauf genommen werden, damit die entsprechende Kaufkraft vernichtet wird. Dieses Geld darf nur beim Händler, der die Ware vom Produzenten bezogen hat, zurückgerufen werden.

Ohne eine diesen Grundsätzen entsprechende Anpassung der Geldmenge würden deflationäre und inflationäre Effekte auftreten, weil einmal die Geldmenge kleiner als das verzehrbere Sozialprodukt, ein anderes Mal, zum Beispiel wenn geschöpftes Geld nicht nach dem Warenabsatz aus dem Umlauf herauskommt, größer als das verzehrbare Sozialprodukt sein würde. Außerdem könnte nicht verhindert werden, daß durch die Geldschöpfung Kaufkraft auf dafür nicht legitimierte Empfänger übertragen und beim Geldrücklauf Kaufkraft nicht beim Handel, sondern ungerechtfertigt bei anderen Personen stillgelegt wird. Daß die Geldversorgung der Wirtschaft in der Praxis nicht so präzis gelingen wird, versteht sich von selbst und schadet nicht, weil die Wirtschaft, insbesondere über den Kredit- und Kapitalmarkt so elastisch ist, daß kleinere Abweichungen ausgeglichen werden und keinen bedeutenden Schaden anrichten können.

Die Geldversorgung muß danach im sogenannten Einkommenskreislauf bei der Notenbank beginnen und bei ihr nach dem Warenabsatz wieder enden. Gibt es Instrumente, die zu einem vertretbaren Aufwand die erforderliche Verbindung zwischen Produzenten, Handel und Notenbank herstellen und gestatten, den zwischen den einzelnen Produzenten und Händlern vereinbarten Verkaufspreis für die jeweils absetzbaren Waren und damit mittelbar den zu monetisierenden Wert des jeweils verzehr-

baren Sozialprodukts festzustellen? - Einigen theoretisch geschulten und praktisch im Geld- und Bankwesen erfahrenen Bankiers und Wissenschaftlern ist aufgefallen, daß eine auf dem Warenwechsel aufgebaute Geldversorgung dazu geeignet wäre. Ich meine die sogenannten Antibullionisten mit ihrer »real bill doctrine«, die in eingeschränkter Form auch die Vertreter der Bankingtheorie, zum Beispiel Tooke, übernommen haben.54 Sie haben gezeigt, daß mit Wechseln finanzierte Verteilungskredite<sup>55</sup> der Geld ausgebenden Bank keinen Preissanstieg auslösen, wenn was Tooke hervorgehoben hat<sup>56</sup> - der Diskontsatz der Notenbank nicht oder nicht wesentlich unter dem marktüblichen Diskontsatz liegt. Nach Otto Veit sind diese Einsichten auch heute noch richtig.<sup>57</sup> In Deutschland vertraten Adolf Wagner und Erwin Nasse in der Mitte des 19. Jahrhunderts diese Ansicht.58 Um die Jahrhundertwende hat Friedrich Bendixen, ein Hamburger Bankdirektor, diese Zusammenhänge - anscheinend ohne Kenntnis seiner Vorgänger - wieder entdeckt und in unüberbotener Klarheit (Otto Veit) dargestellt.<sup>59</sup> Die Reichsbank arbeitete vor und nach 1900 mit Handelswechseln im Aktivgeschäft. Schließlich hat Karl Walker, der sich ein Leben lang mit der Geldverfassung beschäftigte, sich in seinem letzten Manuskript der »Warenwechseltheorie« angeschlossen.60 Ihm verdanke ich meine Einsichten. Bedauerlicherweise ist die Warenwechselmethode, weil sich die Geldtheorie auf andere Forschungsziele konzentriert und auch die Geldpolitik nicht über ausreichende praktische Erfahrungen verfügt, soweit ich sehe, wenig theoretisch erforscht und praktisch erprobt. Ich stelle sie deshalb so, wie sie Karl Walker in seinem letzten Manuskript dargestellt hat, unter Vorbehalt vor:

Das technische Instrument ist der Warenwechsel. Er wird vom Produzenten als Aussteller, der wechselrechtlich für die Einlösung des Wechsels bürgt, und vom (Groß-)händler, der die Produkte abnimmt, weil er

<sup>54</sup> Vgl. Rieter Fn. 2, S. 135 ff.

<sup>55</sup> Man spricht auch von Kreislaufkredit. Sie dienen dem Absatz (der Verteilung) der produzierten Waren, während im Gegensatz dazu die sogenannten Produktionskredite der Vorfinanzierung der Produktion dienen. Die Produktionskredite werden über den Kredit- und Kapitalmarkt als Darlehen mit umlaufendem Geld aus Konsumverzicht aufgebracht (vgl. dazu Veit Fn. 1, S. 231 ff. und S. 242 ff.).

<sup>56</sup> Vgl. Rieter Fn. 2., S. 137 f.

<sup>57</sup> Veit Fn. 1, S. 221 ff., 231 ff., 242 ff.

<sup>58</sup> Rieter Fn. 2, S: 136.

<sup>59</sup> Vgl. Bendixen, Das Wesen des Geldes, 4. Aufl. Leipzig 1926; Das Inflationsproblem, Stuttgart 1917, Geld und Kapital, Jena 1920; Währungspolitik und Geldtheorie im Lichte des Weltkrieges, München und Leipzig, 1919.

<sup>60</sup> Das Manuskript ist 1975 beendet worden und trägt den Titel »Das Weltwährungssystem, eine Kritik an den theoretischen Grundlagen und ein Entwurf zur Reform. In seinem Buch »Neue Europäische Währungsordnung«, Lauf bei Nürnberg 1962, deutet Karl Walker die Richtung seiner späteren Vorstellungen bereits an.

glaubt, sie weiter absetzen zu können, als Zahlungsschuldner unterschrieben. Als Betrag wird in den Warenwechsel der Verkaufspreis der an den Händler bereits abgesetzten und deshalb absatzfähigen Waren eingesetzt. Dieser Wechsel gelangt über die Bank des Produzenten an die Notenbank und wird von ihr angekauft. Das dafür ausgegebene Geld erhält nach dem Zweck, den der Warenwechsel seit altersher hat, der Produzent.<sup>61</sup>

Der Warenwechsel sollte auf eine Laufzeit lauten, die der Handel für den Absatz der Waren an die Verbraucher benötigt. Wahrscheinlich genügt auch für den Warenwechsel die Durchschnittslaufzeit von drei Monaten, die sich für Handelswechsel eingebürgert hat und von der Bundesbank nach dem Bundesbankgesetz für Handwechsel zugrundegelegt wird. Der Wechsel wird zum Ende der Laufzeit von der Notenbank über das Banksystem dem Händler zur Einlösung vorgelegt, der die Ware vom Produzenten gekauft hatte. Das von ihm auf den Wechsel eingelöste Geld fließt an die Notenbank zurück. Kann der Händler nicht zahlen, müssen der Produzent und die zwischengeschaltete Bank als Bürgen zahlen; auf diese Weise ist der Rücklauf des geschöpften Geldes gesichert. Erwähnt sei, daß der Abnehmer des Produzenten nicht notwendig Händler im Sinne der Berufsbezeichnung sein muß. Abnehmer und deshalb Zahlungsschuldner aus dem Warenwechsel kann letztlich jedermann sein, zum Beispiel auch ein Bäcker, der Mehl kauft und zu Kuchen und Brot weiterverarbeitet, oder eine Fabrik, die Stahl und Bleche zur Weiterverarbeitung oder eine Werkzeugmaschine für ihre Produktion kauft, oder auch ein Endverbraucher, der sich das für die Einlösung des Wechsels notwendige Geld über einen Kredit verschafft. Bei solchen Abnehmern erhöht sich für die zwischengeschaltete Bank als Bürgen nur das Deckungsrisiko; sie muß darauf achten, daß der Wechsel. bei Fälligkeit eingelöst wird und deshalb zum Beispiel die Kreditaufbringung der Abnehmer prüfen. Normalerweise ist es jedoch der Handel, der als Abnehmer und Wechselzahlungsschuldner auftritt, so daß hier, um das Verständnis zu erleichtern, der Handel als der »typische« Abnehmer des Produzenten in den Vordergrund gestellt wird.

- 2. Das rechtliche Instrument ist für die Bundesrepublik die Änderung des Bundesbankgesetzes in folgender Richtung:
- 61 Der Warenwechsel ist zu unterscheiden vom Handelswechsel und Finanzwechsel. Dem Handelswechsel liegt eine Waren- oder sonstige Güterlieferung zwischen Händlern zugrunde, zum Beispiel zwischen Groß- und Einzelhändler, und wird vom Lieferanten als sogenannter Aussteller und vom Empfänger als Zahlungspflichtigem unterzeichnet. Der Finanzwechsel dient nur der Kreditbeschaffung, ohne daß eine Lieferung zugrundeliegt. Der Warenwechsel ist eine Unterart des Handelswechsels, der zwei Forderungen erfüllen muß: 1. muß eine Warenlieferung vom Produzenten an einen Händler zugrundeliegen und 2. muß er vom Produzenten als Aussteller und dem Händler als Zahlungspflichtigem unterzeichnet sein.

Die für die Geldversorgung verantwortliche Notenbankabteilung der Bundesbank müßte vom übrigen Bankbereich der Bundesbank unabhängig werden. Diese Abteilung müßte darauf beschränkt sein, im Ankaufsgeschäft im wesentlichen nur noch Warenwechsel gegen Geldausgabe hereinzunehmen, deren Rückzahlung gesichert ist. Sie müßte außerdem verpflichtet sein, jeden zum Ankauf angebotenen, rücklaufgesicherten Warenwechsel hereinzunehmen und zu monetisieren.

Die Notenbankabteilung muß so unabhängig sein, wie es heute die Bundesbank ist.

Den Rediskontsatz sollte die Notenbankabteilung nicht mehr frei festsetzen, sondern ihn jeweils etwas über dem durchschnittlichen Diskont der Geschäftsbanken halten. Nur Geschäftsbanken dürfen – wie heute – zum Wechselverkehr mit der Notenbank zugelassen sein. Diese Maßnahmen sichern, daß nur solche Warenwechsel an die Notenbank verkauft werden, die zur Geldumlaufserhöhung notwendig sind. Denn die anderen Warenwechsel werden die Geschäftsbanken behalten, weil sie höhere Gewinne erzielen können, wenn sie ihre Wechsel nicht bei der Notenbank rediskontieren. Auf diese Weise wird gesichert, daß der für die Geschäftsbanken erreichbare Teil der Geldmenge optimal umläuft. Damit ist die Richtung der für das produktive Wirtschaftsgeschehen,

Damit ist die Richtung der für das produktive Wirtschaftsgeschehen, nämlich der für die Verteilung der produzierten Waren und die Entstehung der Einkommen aus der Produktion von Waren maßgeblichen Geldversorgung beschrieben. Das für den darüberhinausgehenden Geldbedarf der Volkswirtschaft, zum Beispiel für die nicht nachfrageaktive durchschnittliche Kassenhaltung oder für die großen Zahlungstermine an Quartalsenden oder für die Steuerzahlungstermine notwendige Geld kann und muß von der Notenbank nach anderen Prinzipien, zum Beispiel für die Kassenhaltung nach den Kassenhaltungsgewohnheiten, und über andere Aktivgeschäfte in den Umlauf gebracht werden.

Was eine derartige Reform der Geldverfassung bedeutet, kann nur angedeutet werden:

1. Sie beschränkt – von Ausnahmen abgesehen – die Notenbankgeschäfte im wesentlichen auf den Ankauf von Warenwechseln gegen Ausgabe von Zentralbankgeld. Der Notenbank wären insbesondere für die allgemeine Geldversorgung der Wirtschaft nicht mehr gestattet Devisengeschäfte, Offen-Markt-Operationen, der Ankauf von Staatspapieren, Lombardgeschäfte, die marktunabhängige Festsetzung des Rediskontsatzes und anderer Abgabesätze, die Mindestreservepolitik, 62

<sup>62</sup> Daß die Geschäftsbanken zur Sicherung ihrer Liquidität bei der Bundesbank Mindestreserven halten müssen, bleibt davon unberührt.

- 2. Die Notenbank wird über den Warenwechsel an die Entwicklung der Produktion und des Absatzes angebunden und darf nur, aber muß die für die Verteilung der Produktion erforderliche Geldmenge, den sogenannten Verteilungs- oder Kreislaufkredit, zur Verfügung stellen. Sie darf nicht mehr für die Bankliquidität und die Konjunktur sorgen.
- 3. Die Notenbank verliert ihre weitreichenden Eingriffsbefugnisse und Einflußmöglichkeiten auf die Wirtschaft, die Konjunktur und auf den Kreditund Kapitalmarkt und den Devisenmarkt; diese Befugnisse sind so sehe ich es nichts anderes als die für die Zentralverwaltungswirtschaft typischen dirigistischen Lenkungsinstrumente. Die Geldversorgung ist heute noch nach von Schelling ein Hort absolutistischer Machtentfaltung,<sup>63</sup> was den Prinzipien der Marktwirtschaft widerspricht. Die Notenbank, so kann man hoffen, steht unter diesen Umständen auch nicht mehr dem Staat als geheime Finanzierungsquelle offen.
- Der Kredit-, Kapital- und Devisenmarkt wird auf eigene Füße gestellt, von Angebot und Nachfrage reguliert und nicht mehr durch Eingriffe der Notenbank gestört.
- 5. Die Geldversorgung der produktiven Wirtschaft wird direkt vom Wirtschaftskreislauf, nämlich von den produktiven Marktkräften abhängig. Die Marktkräfte können sich ungestört von der Notenbank entfalten. Die Notenbank wird direkt vom Marktgeschehen abhängig.<sup>64</sup>

Möglicherweise könnte der Warenwechsel auch im Rahmen der Vorstellungen von Friedrich von Hayek ein geeigneter Indikator zur quantitativen Begrenzung des Geldangebots der Geschäftsbanken sein. Die Banken müßten dabei darauf achten, daß ihr Diskontsatz über den durchschnittlichen Zinssätzen für kurzfristige Kredite gehalten wird.

Die Warenwechselmethode ist von vielen Seiten kritisiert worden.<sup>65</sup> So soll etwa die Begrenzung des Geldangebots nicht gelingen, weil die Höhe der Nachfrage nach Wechselkrediten auch von der Höhe des Rediskontsatzes abhänge und deshalb die Geldmenge steigen müsse, wenn die Notenbank ihren Rediskontsatz »künstlich« senke und mehr Geldnachfrage bediene.<sup>66</sup> Das ist richtig, aber kein Einwand gegen die Warenwechseltheorie im modernen Gewande. Denn einmal sorgt der über dem

<sup>63</sup> Von Schelling Fn. 3, S. 25 ff und Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1977, S. 903 ff. Vgl. auch von Hayek Fn. 13, S. 28 ff.

<sup>64</sup> Von Hayek (Fn. 13, S. 80) behauptet, daß die herkömmliche Geldpolitik schon deshalb scheitern müsse, weil eine Zentralbehörde wie die Notenbank die erforderlichen Informationen nicht erhalte. Die Warenwechselmethode erleichtert die Informationsbeschaffung.

<sup>65</sup> Vgl. die Nachweise bei Rieter Fn. 2, S. 134 f.

<sup>66</sup> Vgl. Georg Halm, Geld-Kredit-Banken, München und Leipzig 1935, S. 54 f.; Jacob Viner, Studies in the Theory of International Trade, New York 1937, Neuabdruck New York 1965, S. 237 f.; Knut Wicksell nach Rieter Fn. 2, S. 137 und 250 ff.; Andreas Paulsen, Neue Wirtschaftslehre, München 1958, Neudruck 1972, S. 176.

marktüblichen Diskontsatz (Zinssatz für kurzfristige Kredite) gehaltene Rediskontsatz dafür, daß der bei der staatlichen Notenbank (und bei privaten Geldausgabebanken nach von Hayek) nachgefragte Warenwechselkredit teuer ist und deshalb Nachfrager abschreckt. Zum anderen wird nur die durch Warenwechsel nachgewiesene Verteilungskreditnachfrage, aber nicht jede beliebige Kreditnachfrage bedient. - Der Einwand in der Form, die er durch Halm und Paulsen im Anschluß an David Ricardo und Knut Wicksell erhalten hat,66 liegt neben der Sache. Nach ihnen bestimmt »ohne Zweifel« die Geld ausgebende Bank mit ihrer »willkürlichen« Gestaltung der Diskont- und Zinssätze die umlaufende Geldmenge. Es ist »zweifellos« richtig, nämlich ein Gemeinplatz, daß jegliche Geldangebotsbegrenzung illusorisch ist und daß Inflationen und Deflationen unvermeidbar sind, wenn Notenbanken sich an Regeln zur Regulierung der Geldmenge, zum Beispiel an die Golddeckung, an Preisindices, an bestimmte Zinssätze oder an Rediskontkontingente, »willkürlich« nicht halten. Der Einwand beweist nicht, daß die Warenwechselmethode oder andere Methoden zur Geldmengenregulierung ungeeignet sind.

Paulsen<sup>66</sup> hat gegen die Warenwechselmethode ferner vorgebracht, daß bei ihr nicht die Warenmenge, sondern die Preise der Waren das Geldangebot bestimmen und daher eine neutrale Geldversorgung nicht gelingen könne. Bei der Warenwechelmethode wird in der Tat das Geldmengenangebot durch die Preise der Waren bestimmt; das ist auch unvermeidbar, wenn man nicht eine feste Bindung zwischen der Geldmenge und einer bestimmten Warenmenge, zum Beispiel Gold, herstellt, weil die Geldmenge nicht in Kilogramm oder Metern, sondern nur in Geld gemessen werden kann. Aber trotzdem gelingt die Geldangebotsbegrenzung. Paulsen berücksichtigt bei seinem Einwand nicht, daß die Preise auf Märkten nicht beliebig festgesetzt werden, sondern das Verhandlungsergebnis der Vertragsteile sind. In die Preisvereinbarungen zwischen Handel und Produzenten gehen ihre Erfahrungen aus der Vergangenheit und Zukunftserwartungen ein. Der Handel wehrt sich gegen Preise, die den Weiterverkauf erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen. Daher wird über den Warenwechsel die Geldmenge nicht nach der Warenmenge, sondern durch die nicht beliebige Preisbildung der Waren bestimmt und hat deshalb nur eine mittelbare Beziehung zur Warenmenge. In diesem Punkt unterscheidet sich die Warenwechselmethode nicht von der Regulierung der Geldmenge nach Güterpreisindices bei indexgesicherten Währungen, die auch nicht funktionieren könnte, wenn der Einwand von Paulsen begründet wäre. Paulsen hat die Warenwechselmethode insofern mißverstanden, als er unterstellt, daß sie die Geldmenge an Warenmengen koppeln soll. Das soll sie nicht, weil die Bildung der Preise selbst frei und nicht durch ein starres Geldangebot, wie zum Beispiel bei der Goldbildung, behindert werden soll. Sein Einwand ist unbegründet.

Ein weiterer Einwand, den neben anderen auch Halm66 erwähnt, lautet: Auf jeder Produktionsstufe, zum Beispiel nach der Herstellung von Roheisen, dann von Stahl, von Blech und Werkzeugmaschinen, bis hin zur für den Endverbraucher bestimmten Ware, zum Beispiel zum Auto oder einem Haushaltsgerät, würden Warenwechsel vom jeweiligen Produzenten des Vorprodukts bis zum Produzenten der Ware für den Endverbraucher ausgestellt. Das führe zu einer, gemessen an der für die Endverbraucher bestimmten Warenmenge, zu großen Geldmenge. Das ist richtig. Aber die maßgebliche Bezugsgröße für die Geldmengenregulierung ist nicht die für den Endverbraucher, sondern die für den Verbrauch schlechthin bestimmte Warenmenge. Zwischenprodukte wie Stahl oder Blech, Mehl oder Zucker, werden vom Produzenten, der daraus Endprodukte macht, zum Beispiel Autos und Haushaltsgerät oder Kuchen, verbraucht. Werkzeugmaschinen und andere Investitionsgüter werden von ihren Endabnehmern, zum Beispiel der Automobilfabrik oder der Bäckerei, verbraucht. Deshalb führt die auf der Grundlage von Warenwechseln über Zwischenprodukte und Investitionsgüter ausgegebene Geldmenge nicht zur inflationären Geldmengenvermehrung. Der Einwand ist unbegründet. - Auf weitere Einwände geheich aus Platzgründen nicht ein.

Es könnte der Eindruck entstanden sein, daß hier ein geschlossenes und erforschtes Konzept zur inneren Kaufkraftstabilität vorgestellt worden ist. Ich muß jedoch schon die Anfänge dieses Eindrucks stören. Denn diese Vorstellungen sind – wie schon betont wurde – nicht gründlich theoretisch und praktisch erforscht. Deshalb können sie voller Irrtümer und auch vollständig falsch, unpraktikabel und nicht mehr als eine allgemeine Richtungsangabe für weitere Untersuchungen sein. Aber sie scheinen, nicht so unbegründet zu sein, daß man sie bei den Überlegungen zur Überwindung

<sup>66</sup> Siehe Fußnote 66

<sup>67</sup> Der Aufwand für die Prüfung, ob Wechsel Warenwechsel sind, scheint nicht bedeutend zu sein, weil die Geschäftsbanken aus eigenem Interesse an sicherer Einlösung des Wechsels bei Fälligkeit und zur Vermeidung von Schwierigkeiten mit der Notenbank bevorzugt die rückzahlungssicheren Warenwechsel zum Diskont annehmen, und zwar im Regelfall nur von Personen, die sie länger kennen und bei denen sie deshalb sicher sein können, daß ihnen Warenwechsel vorgelegt werden. Sie können sich deshalb bei der Nachkontrolle auf Stichproben beschränken. Das haben Gespräche mit den Leitern der Wechselabteilungen großer Banken ergeben.

der Inflation und ihrer Folgen ungeprüft beiseite schieben kann. Mit der Wissenschaft hat das auch die Bundesbank getan.<sup>68</sup>

#### ·5.4 Vorsichtiger Abbau der Inflation

Man darf die Inflation nicht auf einmal abbauen, sondern muß vorsichtig verfahren, damit die Wirtschaft sich auch an die Rückführung anpassen kann; anderenfalls hat man mit Schwierigkeiten für die Personen zu rechnen, die bei der Inflation auf der Gewinnerseite sitzen. <sup>69</sup> Die Bundesbankpraxis ist darin vorbildlich, zum Beispiel weil sie bei der Geldmengenzielvorgabe vom langsamen Abbau des Preisanstiegs ausgeht.

#### 5.5 Lehren aus den Preisniveautheorien

Auch aus den Preisniveautheorien sind Lehren zu ziehen. Das Preisgefüge, das lehren diese Theorien, unterliegt auch ohne Inflation großen Spannungen, wie die Marktmachtpreise im Benzin- und Autobereich, manche Lohnabschlüsse und manche administrierten Preise beweisen. Beteiligte, die in der Wirtschaft über Marktmacht verfügen, können das Preisgefüge innerhalb gewisser Grenzen zu ihren Gunsten gestalten und Teile der Wirtschaft oder die Wirtschaft insgesamt in Schwierigkeiten bringen, zum Beispiel Unternehmen aus dem Markt zwingen, Konkurse und Arbeitslosigkeit auslösen; man denke nur an die »Ölkrise« oder Lohnabschlüsse. die leistungschwache Unternehmen nicht verkraften können. Man darf vermuten, daß die Bundesbank im Zusammenwirken mit der Regierung versucht, in guter Absicht in Fällen, die der Wirtschaft Schwierigkeiten bereiten, überhöhte Preise und Löhne durch etwas Inflation abzuschmelzen.<sup>70</sup> Es mag - das wird nicht in Frage gestellt - Fälle geben, die dieses kleine »Umverteilungsspiel« rechtfertigen.<sup>71</sup> Aber man sollte wissen, daß Marktmächtige zwar das Preisgefüge zu ihren Gunsten verändern, aber einen

aufgibt oder sie doch einschränkt.

<sup>68</sup> Monatsbericht April 1975, S. 21 ff. Bresser hat kürzlich in einem Beitrag über den Wechsel als unentbehrliches Finanzierungsinstrument (Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1977, S. 672) auf die unbestreitbaren Vorzüge der Wechselfinanzierung, ihre Unentbehrlichkeit in vielen Fällen und ihre wegen der Bindung an die Warenströme weitgehende geldpolitische Neutralität hingewiesen und deshalb angeregt, die Bundesbank möge prüfen, ob das nicht eine Anhebung der Refinanzierungslinien rechtfertigt. Diese Anregung weist Parallelen zu den Vorstellungen dieses Beitrags auf. Sie verdient Zustimmung, wenn nicht nur eine verbesserte Bankenliquidität ins Auge gefaßt wird, man nur den Warenwechsel nimmt und die Bundesbank problembeladenere Aktivgeschäfte

<sup>69</sup> Vgl. Stützel Fn. 14, S. N 18.

<sup>70</sup> Vgl. die Nachweise bei Rieter Fn 2., S. 89 ff.; von Hayek Fn. 13, S. 75 f.

<sup>71</sup> Von Hayek (Fn. 13, S. 76) betont, daß ohne das Umverteilungsspiel mit der Inflation die Verantwortung für Konkurse und Arbeitslosigkeit auf die Verursacher zurückfällt, zum Beispiel auf die Unternehmen, die unangemessen hohe Preise verlangen, aber auf dem Markt nicht durchsetzen können, oder auf die Gewerkschaften, die für leistungsschwächere Unternehmen Löhne durchsetzen, die von ihnen nicht verkraftet werden.

allgemeinen Preisanstieg, weil sie kein Geld ausgeben, nicht allein bewirken können. Der allgemeine Preisanstieg ist nur möglich, wenn das Geld über das verzehrbare Sozialprodukt hinaus vermehrt wird. Die Spannungen, die Marktmächtige in das Preisgefüge bringen, haben ihre Ursache wahrscheinlich in den vermachteten Märkten; sie sollten deshalb mit konsequenter Wettbewerbspolitik, die Machtkonzentration behindert und Marktmacht vermindert, verringert werden.

#### 6. Schluß

Nach meiner Ansicht kann die Geldversorgung nur gelingen, wenn sie der Funktion, die das Geld in der Wirtschaft erfüllt, angemessen ist. Die grundlegende, primäre wirtschaftliche Funktion des Geldes besteht darin, Tauschmittel oder besser ausgedrückt: Kreislaufmittel für den Absatz der Warenproduktion und die Übertragung der Ansprüche auf das verzehrbare Sozialprodukt zu sein. Wenn es seine Kreislaufmittelfunktion erfüllt, hat das Geld noch eine daraus abgeleitete zweite Funktion, die »Meßlattenfunktion«; es ist der gemeinsame Nenner (Bendixen) aller wirtschaftlichen Leistungen, nämlich allgemeines Rechenmittel. Das Geld erhält seine wirtschaftlichen Funktionen nicht durch staatliche Gesetze verliehen, auch nicht durch das Gesetz, das eine bestimmte Geldeinheit zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt, wie die Erfahrungen mit schlechtem Geld - sei es Papiergeld oder unterwertiges Metallgeld - lehren, sondern erfüllt seine Funktion nur, wenn seine Kaufkraft innerhalb gewisser Grenzen stabil bleibt. Seine Kaufkraft hängt von seiner relativen Knappheit im Verhältnis zum verzehrbaren Sozialprodukt ab. Die Geldpolitik sollte sich deshalb vor allem an Indikatoren orientieren, die eine unmittelbare Beziehung zum verzehrbaren Sozialprodukt haben, wenn sie die Kaufkraft und damit die Funktion des Geldes erhalten will. Indikatoren, denen diese unmittelbare Beziehung fehlt, wie zum Beispiel der Bankenliquidität, können die Geldpolitik eher fehlleiten als dem verzehrbaren Sozialprodukt näher liegende Indikatoren. Deshalb sollte nichts unversucht bleiben, um die Indikatoren und Instrumente zu finden, die eine möglichst nahe Beziehung zum verzehrbaren Sozialprodukt haben. Vielleicht erfüllt eine mit dem Warenwechsel arbeitende Geldversorgung diese Aufgabe?

<sup>72</sup> Vgl. die Nachweise bei Rieter Fn. 2, S. 90 ff., auch 51, 57 f.

<sup>73</sup> Das wird von vielen Seiten empfohlen (vgl. die Nachweise bei Rieter Fn. 2, S. 91 f.).

# Schuldnerprivilegien als Inflationsursache – Konkurrierende Währungen ein Ausweg?\*

#### Alfred Schüller

 Rechtspositivistisches Demokratieverständnis im Dienste von Schuldnerinteressen

Viele Jahrhunderte lang war die Freiheit, sich durch Vertrag gegen realen Kaufkraftschwund des Geldes absichern zu können, eine überstaatliche, gleichwohl durch hoheitliche Vorkehrungen geschützte »Rule of Law«. Sie läßt sich als Erscheinungsform der Privatrechtsautonomie inhaltlich mit jenen Regeln umschreiben, die Friedrich A. von Hayek unter Berufung auf David Hume als die Hauptzüge aller fortgeschritteneren Rechtsordnungen bezeichnet, nämlich die Beständigkeit des Besitzes, seine Übertragung durch Übereinkunft und die Erfüllung von Versprechen. Einen klaren Ausdruck finden diese Regeln in dem alten römischen Rechtssatz; So wie der Inhalt des Rechtsgeschäfts lautet, genauso soll er rechtlich Verbindlichkeit erzeugen. Eine Geldwirtschaft, die von dieser einfachen Vorstellung einer gerechten Vertragsordnung beherrscht ist, kennt weder Privilegien für Gläubiger noch für Schuldner, sondern nur das Recht für individuelle Vorkehrungen eines bestmöglichen Eigentumsschutzes. Daß es sich hierbei nicht um einen verstaubten Grundsatz der Rechtsdogmatik, sondern um ein sozialethisches Prinzip mit segensreichen politischen und ökonomischen Ordnungsfunktionen handelt, wird häufig übersehen.<sup>2</sup> Tatsächlich zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Geldwesens der immer wieder gelungene Versuch, die Regeln einer gerechten Geldordnung durch einseitige Machtausübung oder - seit Entstehung der parlamentarischen Demokratie - durch Mehrheitsentscheidung zugunsten vielfältiger Sonderinteressen für Schuldner zu verletzen oder gar - wie dies bei Preisstopp und Devisenbewirtschaftung geschieht - außer Kraft zu setzen. In der parlamentarischen Demokratie modernen Stils geschieht dies häufig explizit oder implizit unter Berufung auf die rechtspositivistische Lehre, wonach Recht ist, was die Mehrheit bestimmt bzw.3 was den Politikern Mehr-

<sup>\*</sup> Vortrag aus Anlaß der Tagung des »Seminars für freiheitliche Ordnung« zu dem Thema »Die Währungsfrage als Rechtsproblem – Funktionsfähige Geldordnung als Voraussetzung für eine störungsfreie Marktwirtschaft« im Juli 1977 in Herrsching/Ammersee.

<sup>1</sup> F. A. von Hayek, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971, S. 190 f.

<sup>2</sup> Vergleiche F. W. Meyer und A. Schüller, Spontane Ordnungen in der Geldwirtschaft und das Inflationsproblem, Tübingen 1976.

<sup>3</sup> Kritisch hierzu F. A. von Hayek, Die Verfassung der Freiheit, a. a. O., S. 302.

heiten bei Wahlen einbringt. Dieser Ausdruck eines verhängnisvollen Demokratismus hat sich in den letzten Jahren eher noch verstärkt.

Die Inflationsprobleme der meisten westlichen Länder sind zum Teil das Ergebnis einer bewußt herbeigeführten Entwertung und Umverteilung von bestehenden Eigentumsrechten, vor allem der Geldgläubiger. Die dafür verantwortlichen Politiker versuchen auf diese Weise, Ansprüche zu befriedigen, die mit einer in verschiedenen Bereichen schon weit fortgeschrittenen Entwicklung zu einem verantwortungslosen Egalitarismus oder - wie von Hayek sagt1 - mit der Praxis einer »unbeschränkten Demokratie« zu erklären sind. Egalitäre Bestrebungen äußern sich vor allem in machtvollen Maßnahmen zur Privilegierung von Schuldnerpositionen, wobei die Begünstigten wechseln mögen, angefangen von staatlichen Potentaten, über Kleinbauern und Handwerker<sup>2</sup> bis hin zu den heutigen Adressaten Keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik mit den inflationstreibenden Mitteln einer verhängnisvoll fortschreitenden Staatsverschuldung. Die auf diesem Wege dem Faktor Arbeit zugedachten Sondereigentumsrechte, zum Beispiel in Form von Mindestlohnregelungen und anderen marktwidrigen Positionssicherungen, sind offensichtlich - wenn überhaupt - nur um den Preis der Aushöhlung von Eigentumsrechten oder der Einschränkung von Handlungsspielräumen anderer realisierbar. Hiervon sind heute besonders nachteilig die sogenannten »Mindestlohn-Arbeitslosen« betroffen.

Zur Aushöhlung von individuellen Eigentumsrechten eignet sich vor allem die Inflation als »Steuer außerhalb der Verfassung« (Milton Friedman), weil sie über die Verfälschung der Geldrechnung die Verdünnung der Eigentumsrechte der Geldvermögensbesitzer gleichsam im Nebel der Geldillusion herbeizuführen erlaubt. Als zweckmäßiger wirtschaftspolitischer Weg dafür hat sich die Keynesianische Fiskalpolitik in Verbindung mit einer dem nominalistischen Prinzip verpflichteten staatlichen Herrschaft über die Geldpolitik erwiesen. Die Fiskalpolitik macht es vor allem solchen Mehrheiten, die in machtvoll organisierten Gruppen auftreten, leicht, die Regierung für Sonderinteressen, heute vor allem für politisch bequeme Lösungen des Beschäftigungsproblems, einzuspannen, für Lösungen, die jener Lehre von Keynes folgen, nach der jede größere Arbeitslosigkeit durch eine unzureichende effektive Gesamtnachfrage verursacht ist. Wie die meisten Ratschläge von Keynes, ist diese Analyse und die daraus abgeleitete wirtschaftspolitische Empfehlung des kompensierenden Deficit Spending in Verbindung mit einer interventionistischen Binnen- und Außen-

<sup>1</sup> F. A. von Hayek, Wohin steuert die Demokratie? Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 6 vom 8. 1. 1977, S. 11.

<sup>2</sup> Vergleiche G. Dietze, Freiheit und Eigentum in der amerikanischen Überlieferung, Tübingen 1976, S. 17.

wirtschaftspolitik bis hin zur Verstaatlichung der Produktionsmittel einer englischen Problembetrachtung entsprungen. Diese Lehre erhielt dann aber im Zusammenhang mit der Entwicklung der Währungsordnung von Bretton Woods eine zuletzt ziemlich weitgehende internationale Anerkennung. Ausdruck hierfür ist die von den meisten Mitgliedsländern des Internationalen Währungsfonds (IWF) geteilte und praktizierte Auffassung, wonach freiheitlich geordnete Währungsverhältnisse, unter Einschluß der freien Konvertierbarkeit, eine aktive Leistungsbilanz, also eine Gläubigerposition voraussetzen.

Diesem Fehlschluß ist es zuzuschreiben, daß in die Statuten des IWF schuldnerfreundliche Ausnahmeregelungen für sogenannte währungsschwache Länder aufgenommen wurden. Daraus entwickelte sich ein System von zuletzt immer großzügiger gewährten Zahlungsbilanzhilfen. Damit folgten die Verantwortlichen der Auffassung, nach der ein Land mit passiver Leistungsbilanz, wie immer diese auch entstanden sein mag, eine Stabilisierung des Geldwertes als Voraussetzung für eine Aktivierung der Leistungsbilanz aus eigener Kraft nicht zu erreichen vermag. Die Verschlechterung des Geldwertes und des Wechselkurses im Gefolge der Passivität der Leistungsbilanz wird vielmehr - vor allem bei Entwicklungsländern - als schicksalhaft vorgegeben akzeptiert. Eine wirksame Stabilisierung wird paradoxerweise nur für möglich gehalten, wenn die Folgen dieser verfehlten Politik - Arbeitslosigkeit, hoher Einfuhrbedarf an lebenswichtigen Gütern, Entwicklungsrückstände -, die fälschlicherweise als strukturell verursacht bezeichnet werden, beseitigt sind. Dem verfehlten Ansatz dieser Politik der Symptombekämpfung konsequent folgend, werden erweiterte und möglichst automatisch zugängliche internationale Verschuldungsmöglichkeiten für unverzichtbar angesehen.<sup>2</sup> Tatsächlich wurde der Internationale Währungsfonds in dieser Richtung immer mehr zu einer Organisation für die Interessen der Schuldnernationen ausgebaut, so wie es Keynes vorgeschwebt haben mag, als er 1943 seine »Proposals for an International Clearing Union« entwickelte.

Halten wir fest: In der Praxis der nationalen Wirtschaftspolitik wurde die Keynesianische Lehre, bei Anerkennung der Vollbeschäftigung als absolut vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik und bei staatlicher Garantie der Tarifautonomie, als Pflicht der Währungsbehörde interpretiert, genügend Geld bereitzustellen, um bei jedem gegebenen Lohn- und Preisniveau Vollbeschäftigung erreichen zu können. Diesen Weg hat auch die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren immer mehr beschritten. Auf

<sup>1</sup> Vergleiche A. Schüller, Flexible Wechselkurse - Übergangs- oder Dauerlösung für die Weltwährungsordnung? ORDO, Band 26, 1975, S. 247-288.

<sup>2</sup> Zur Kritik vergleiche W. Eucken, Kritische Betrachtungen zum deutschen Geldproblem, Jena 1923, H. Willgerodt, Die »motivierte Zahlungsbilanztheorie« – Vom »schicksalhaften Zahlungsbilanzdefizit« und der Unsterblichkeit falscher Inflationslehren. In: H. Gröner und A. Schüller (Hrsg.), Internationale Wirtschaftsordnung, Stuttgart und New York 1978.

der Ebene der internationalen Währungspolitik wurde unter Verzicht auf strenge Grundsätze des marktwirtschaftlichen Zahlungsbilanzausgleichs gleichfalls eine betonte Schuldnerfreundlichkeit zum leitenden Ordnungsprinzip erhoben. Da die realwirtschaftliche Entwicklung eine Alimentierung dieser Politik ohne allgemeine Preissteigerungen ausschloß, mußte jede Lohnerhöhungsrunde bzw. jeder über den Kreditmechanismus des IWF finanzierte Anpassungsaufschub bei den Defizitländern zu weiterer Geldentwertung und zur inflationsbedingten Umverteilung, gepaart mit nachlassender Investitionsbereitschaft und verstärkter Arbeitslosigkeit führen. Dieser Prozeß ist - wie von Hayek feststellt<sup>1</sup> - in eine erschreckende Sackgasse geraten. Alle Politiker versprechen, daß sie die Inflation stoppenund die Vollbeschäftigung erhalten werden. Aber sie können dies nicht. Und je länger es ihnen gelingt, die Beschäftigung mittels kontinuierlicher Inflation zu erhalten, um so größer wird die Arbeitslosigkeit sein, wenn die Inflation schließlich ihr Ende findet. Nach von Hayek gibt es nur ein Mittel, mit dem wir uns aus der Lage befreien könnten, die wir mit Hilfe einer falschen Fiskal- und Geldpolitik geschaffen haben: Die freie Konkurrenz der Währungen.

#### II. Überwindung der Inflation durch freie Währungsmärkte?

#### 1. Das von Hayeksche Konzept

Nach von Hayek reichen währungstechnische Reformen im bestehenden System der Regierungswährungen nicht mehr aus, um die weltweite ideologische Basis des Inflationismus wirksam zu bekämpfen. Seine Parolen lauten: Los von der staatlichen Beeinflussung des Geldwertes, Abschaffung der staatlichen Geldpolitik, Entnationalisierung des Geldes durch Aufhebung der gesetzlichen Zahlungsmitteleigenschaft und damit freie Bahn für freies Unternehmertum, für Märkte und Wettbewerb im Bereich der Geldproduktion und Geldnachfrage. Von Hayek zweifelt nicht, daß die neuen Währungsmärkte in jeder Hinsicht – unter Einschluß eines symmetrischen Gläubiger-Schuldner-Schutzes – gut funktionieren. Zur Erklärung ihrer Entstehung kann er auf seine empirisch bestens fundierte Theorie der spontanen Wettbewerbsordnung zurückgreifen. So erwartet

(Inzwischen ist das Buch »Denationalisation of Money« in deutscher Übersetzung erschienen: F. A. von Hayek, Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufsmittel, Tübingen 1977).

<sup>1</sup> F. A. von Hayek, Keynes und die Folgen, in: Inflation ohne Ende, Wer verliert, wer gewinnt? Herderbücherei INITIATIVE 18, Band 9518, München 1977, S. 42.

<sup>2</sup> Vergleiche F. A. von Hayek, Choice in Currency: A Way to Stop Inflation (Institute of Economic Affairs, Occasional Papers 48), London 1976. Derselbe, Denationalisation of Money. An Analysis of the Theory and Practice of Concurrent Currencies. Published of the Institute of Economic Affairs, London 1976. Vergleiche im Anschluß daran die Anmerkungen von A. Schüller, Konkurrenz der Währungen als geldwirtschaftliches Ordnungsprinzip. Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, 26. Jg., Heft 1, 1977, S. 23-50.

von Hayek, daß bestimmte Banken ein gutes Geschäft darin erblicken werden, wenn sie unverzinsliche Banknoten mit Qualitätsmerkmalen anbieten, die für Nachfrager von Geld mit günstiger Kaufkraftentwicklung äußerst anziehend sein müßten, so zum Beispiel, wenn private Banknoten erstens mit einer festen Umtauschgarantie gegenüber anderen Währungen offeriert würden und wenn zweitens das neue Geld mit einer Kaufkraftgarantie, gemessen an einem bestimmten Warenkorb, ausgestattet würde.

Die neuen Noten könnten durch kurzfristige Kredite oder – und dies zunächst wohl vor allem – durch konkurrierende Substitution im Wege des Ankaufs bestehender Regierungswährungen in Umlauf gebracht werden, von denen sich – so nimmt von Hayek an – die Besitzer angesichts der günstigen Optionen des neuen Geldes trennen werden, möglicherweise so gerne, daß die privaten Geldanbieter in der Rolle des Pionierunternehmers einen beträchtlichen Aufpreis für die neuen Noten am offenen Markt erwarten können.

Die Kontrolle der so oder ähnlich entstehenden Märkte für Geld mit freier Wahl der Wertbeständigkeit hat nach von Hayek mehrere Dimensionen, ähnlich denjenigen normaler Gütermärkte bei wettbewerblicher Angebots- und Nachfragestruktur:

- (1) Die Selbstkontrolle aus Eigeninteresse. Angesichts ihrer günstigen Absatz- und Gewinnchancen wird die private Notenbank nicht nur finanziell in der Lage, sondern auch im Interesse der Ansammlung von Vertrauenskapital gut beraten sein, zunächst eine 100prozentige Deckungsregel zu praktizieren und auf die unbedingte Einhaltung der zugesicherten Produkteigenschaften zu achten.
- (2) Die Marktkontrolle durch Konkurrenten. Von den Gewinnchancen werden Imitatoren angezogen. Dadurch gerät das Aufgeld in einen Prozeß des Gewinnabbaus. Als Konkurrenten könnten auch die bisherigen Regierungswährungen auftreten, die bei einem vergleichsweise günstigen Geldangebot durchaus die monetäre Vorherrschaft behalten oder zurückgewinnen können. Im Prozeß des vorstoßenden und nachfolgenden Wettbewerbs, des Suchens und Experimentierens auch der Geldnachfrager, wird sich schließlich ein weithin akzeptierter Warenkorb durchsetzen. Dann wird sich der Wettbewerb der privaten und staatlichen Notenbanken im wesentlichen darauf konzentrieren, durch eine präventiv operierende sorgfältige Offen-Markt-Politik möglichst auch kleinste Abweichungen in der Kaufkraftsicherung, die bei Pressefreiheit der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben werden, zu vermeiden.

#### 2. Die Ergebnisse freier Währungsmärkte

Was den im folgenden wesentlich verkürzt dargestellten Katalog der Ergebnisse freier wettbewerblicher Währungsmärkte angeht, so fehlt fast nichts darin, was einen Monetaristen nicht begeistern könnte. Es handelt sich um Marktergebnisse, mit denen von Hayek zeigt, daß privates Gewinnstreben auf der Grundlage wettbewerblicher Märkte auch im Bereich des Währungswesens günstige Externalitäten hervorzurufen vermag, ja insgesamt besser geeignet sein kann, dem Allgemeinwohl zu dienen als solche Institutionen, die, wie zum Beispiel Regierungen, ausdrücklich mit diesem Anspruch oder anderen hochtrabenden Versprechungen für eine gesellschaftsorientierte Interessenwahrung ihre exklusive Kompetenz in Währungsfragen zu rechtfertigen pflegen:

- (1) Freie Währungsmärkte verhelfen dem besten Geld zur allgemeinen Anerkennung; das Gesetz von Gresham wird also im umgekehrten Sinne wirksam. Nach von Hayek ist Geld »das einzige Gut, das durch Wettbewerb billig gemacht wird, weil seine Anziehungskraft auf der Bewahrung seines hohen Wertes beruht « <sup>1</sup>
- (2) Entscheidend für die Funktions- und Leistungsfähigkeit freier Währungsmärkte ist nicht die stoffliche Geldart, die sich durchsetzt, sondern der Mechanismus zur Regulierung des Geldumlaufs. Ein nicht metallischer Geldumlauf müßte stets so reguliert werden, daß sich die gesamte Menge des umlaufenden Geldes ebenso ändert, wie dies geschehen würde, wenn ausschließlich Gold zirkulieren würde. Mit einer solchen Regulierung der Geldmenge unter Vermeidung von Inflation, aber auch von Deflationen kann nach von Hayek im neuen System gerechnet werden. Eine die Gläubiger begünstigende Deflationstendenz könnte entstehen, wenn aus Wettbewerbsgründen eine Politik der Kaufkraftsteigerung Platz greifen würde. Dazu wird es aber nach von Hayek aus einer Reihe von Gründen nicht kommen, zumal sich im Vertragsverkehr das Gewicht der Schuldner mit ihrer entgegengesetzten Interessenlage Geltung verschaffen würde.
- (3) Wenn sich das System konkurrierender Währungen bei den Bürgern in einem allmählichen Prozeß der Gewöhnung und Bewährung durchgesetzt haben wird, werden in der freien Welt mehrere weiträumig und qualitativ sehr ähnliche Währungen übrig geblieben sein. Es werden sich vielleicht Regionen mit einer dominierenden Währung bilden, ohne daß allerdings klar, ein für allemal gültige Grenzen zwischen den sich teilweise überschneidenden Einflußbereichen gezogen werden könnten. Entscheidend ist nach von Hayek, daß auf diese Weise gleichsam wettbewerblich kontrollierte optimale Währungsräume entstehen.

<sup>1</sup> F. A. von Hayek, Denationalisation of Money, a., a., O., S. 74.

- (4) Da die meisten Währungen hinsichtlich ihrer Kaufkraftbindung von einem ähnlichen Warenkorb ausgehen, dürften auch die Wechselkurse nur geringfügig schwanken, jedenfalls sehr viel weniger als es heute bei flexiblen Paritäten der Fall ist. Von den ziemlich stabilen und zugleich realistischen Wechselkursen erwartet von Hayek eine integrationsfördernde Wirkung und günstige Voraussetzungen für die Etablierung einer internationalen Preis-, Markt- und Zahlungsgemeinschaft, die bei vorausgesetzter bestmöglicher Regulierung der Geldmenge und rascher Korrektur von unvermeidlichen Steuerungsirrtümern die Vorteile einer langfristigen effizienten Arbeitsteilung unter Vermeidung von konjunkturellen und strukturellen Extremlagen hat, ein Ergebnis, das von Hayek unter den Bedingungen des bestehenden politischen Rahmens und der Herrschaft der Regierungen über das Geldwesen für unerreichbar hält.
- (5) Insgesamt wird nach von Hayek durch das kompetitive Währungssystem jene Allianz zwischen Geld- und Fiskalpolitik aufgelöst, die für die marktwirtschaftliche Ordnung so zerstörend wirkt. Mit der Überwindung des Keynesianismus prognostiziert von Hayek das Verschwinden des Beschäftigungsproblems in der heutigen unlösbaren Erscheinungsform. Zugleich wird der allmählichen Verstaatlichung aller Lebensbereiche Einhalt geboten.

#### III. Einwände

1. Hat das System eine Neigung zur Selbsterhaltung oder zur Selbstzerstörung des Konkurrenzprinzips?

Weil die hier bei weitem nicht vollzählig referierten Marktergebnisse aus einer wettbewerblichen Angebotsstruktur gefolgert werden, stellt sich die Frage, ob diese Struktur nach Ablauf des Entstehungs- und Ausbreitungsprozesses der privaten Geldmärkte aus sich heraus ständig ausreichend starke Selbsterhaltungskräfte hervorbringen kann, etwa durch das Auftreten von Newcomers, mit oder ohne Produktvariation, zum Beispiel in Form von begehrten Warenkorblösungen oder durch die konkurrenzfördernde Reaktion der Nachfrager. Für die Beurteilung der in diesem Zusammenhang besonders wichtigen Frage der Wirksamkeit der potentiellen Konkurrenz dürfte ausschlaggebend sein, ob der Marktzugang für neue Geldproduzenten zu Kosten möglich ist, die nicht prohibitiv hoch sind. Diese nur hypothetisch zu beantwortende Frage läßt sich wohl am ehesten an der zu erwartenden Stärke des Marktwiderstandes klären, der dann entsteht, wenn sich im Laufe der Entwicklung ein internationales Oligopol privater oder staatlicher Geldversorger herausbildet, das den Beschwernissen der Konkurrenz durch Formen wettbewerbsbeschränkender Kooperation auszuweichen vermag:

(1) Die Konkurrenten könnten sich zum Beispiel verpflichten, auf eine die bestehende Marktstruktur verändernde Angebotspolitik zu verzichten, etwa durch gegenseitiges Zugestehen eines Gebietsmonopols, um so eine Politik der schleichenden Geldentwertung unter Ausnutzung der Geldillusion wirksam abzusichern. Dem könnte eine weitgehende Angleichung des Produktmerkmals »Warenkorbbindung« entgegenkommen, weil daraus leicht die Wirkung einer den Wettbewerb mindernden Erhöhung der Markttransparenz entsteht, mit einer entsprechend günstigen Voraussetzung für ein zumindest an der Ausbeutung der Geldillusion interessiertes Inflationskartell.

Besonders dann, wenn sich das Publikum bei freier Wahl der Währungen für eine Art von Warenwährung, sei es in der Gold- oder Silberform, entscheiden würde, wäre zu bedenken, daß mit der Herstellung dieses Geldes beträchtliche Kosten verbunden sind, ein Umstand, den Adam Smith in seiner geldpolitischen Konsequenz ziemlich klar erkannt hat. Er sah es als eine vernünftige Bankpolitik an, wenn Gold und Silber – und gleiches gilt für alle Warenwährungen – durch Papier ersetzt werden: Umlaufende Gold- und Silbermünzen, so schreibt er, »lassen sich gut mit einer Landstraße vergleichen, welche Gras und Getreide des Landes zum Markt transportieren hilft, ohne selbst auch nur einen einzigen Stapel von beidem selbst zu produzieren. Diese aufgeschlossene Geschäftspolitik der Bank schafft so etwas wie einen Luftfrachtweg, wenn mir eine solch gewagte Metapher erlaubt ist, der es einem Lande ermöglicht, seine Landstraßen weitgehend in gute Weiden und Getreidefelder zu verwandeln, wodurch der Jahresertrag aus Boden und Arbeit erheblich zunimmt«.1

Daß eine entsprechende Bankpolitik beträchtlichen Gefahren ausgesetzt ist, hat Smith ebenfalls gesehen. Immerhin liegt es ja nahe, daß bei Konkurrenz der Währungen im Interesse einer Kostenminimierung Kreditgeld-Substitute für Gold hervorgebracht werden. Die Politik der Goldeinsparung dürfte nun aber im Hinblick auf die Gefahr des Vertrauensschwundes beim Publikum weniger riskant sein, wenn sich die etablierten Anbieter auf ein bequemes Deckungsquotenkartell mit einer gegenseitigen Beistandsklausel für den Ernstfall eines »Runs« einigen. In diesem Falle kann sich also auch eine Goldwährung im Inland auf einen inflationstreibenden Notengeldoder Kreditstandard hin entwickeln und bei internationaler Geltung in einen gleichfalls zur Inflation neigenden Gold-Devisen-Standard verwandeln.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> A. Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, München 1974, S. 264 f.

<sup>2</sup> So auch H. Johnson, Inflation. Theorie und Politik, München 1975, S. 126.

(2) Im Anschluß daran ist zu fragen, ob die Gefahr der privaten Macht im Geldwesen nicht ebenso groß ist wie die der staatlichen, vor allem wenn berücksichtigt wird, daß die »Geldillusion«, also der Glaube an den gleichbleibenden Wert des Geldes, nicht linearen quantitativen Gesetzmäßigkeiten, sondern den biologischen Gesetzen der »Reizschwelle« unterliegt, wie vor allem Schmölders zeigt: »Die Besonderheit der stimmungs- und gefühlsmäßigen Bewertung des Geldes in den breiten Schichten der Bevölkerung ist es, daß es im allgemeinen sehr lange dauert, bis ein allgemein vorhandenes volles Vertrauen in die Währung erschüttert wird, daß ein die Reizschwelle überschreitendes Mißtrauen jedoch im Wege der erwähnten (massenpsychologischen) 'Ansteckung' unberechenbare multiplikative und akzeleratorische Prozesse in Gang setzt, die sich nicht voraussehen lassen«.1 Man muß allerdings wohl mit dem Argument, es handele sich aus dem genannten Grunde beim Geld um eine gleichsam einzigartige Ware, sehr vorsichtig sein, denn die »Geldillusion« ist aus dem traditionellen Glauben der Bevölkerung an das durch die Staatsautorität geschützte und gewährleistete Geld zu erklären, es steht und fällt nach Schmölders mit dem Staatsbewußtsein und der staatlichen Loyalität.<sup>2</sup> Zwischen Geldwertsicherheit und staatsbürgerlicher Lovalität scheint aber ein enges Ursache-Wirkungs-Verhältnis zu bestehen. Wenn die Rechtsordnung und die Steuergesetzgebung auf dem nominalistischen Prinzip beharren, zugleich aber die Wirtschaftspolitik diesem Grundsatz real nicht gerecht wird, leidet die Achtung vor Recht und Gesetz. Mit dem Vertrauensschwund in den Geldwert nimmt auch das Ansehen einer Staats- und Wirtschaftsordnung schweren Schaden, die auf Recht und Gesetz beruht und auf der individuellen Freiheit, in diesem allgemeinen Rechtsrahmen am Marktgeschehen teilzunehmen und über Eigentum zu verfügen.

Einiges könnte nun dafür sprechen, daß im System privater Währungen die Geldillusion sehr viel geringer sein wird, so daß die Reizschwelle für massenpsychologische Ansteckungen mit entsprechenden Gefahren für das Gesamtsystem schneller erreicht würde. Es mag dann in besonderer Weise das zutreffen, was Vilfredo Pareto zur ewigen Wiederkehr des betrogenen Sparers bemerkte: »Die einfachen Sparer sind oftmals ruhige, furchtsame Leute, die immer mit aufgestellten Ohren dasitzen wie ein Hase, die wenig hoffen und viel fürchten von Veränderungen, denn sie wissen aus bitterer Erfahrung, daß sie fast immer die Kosten dafür zu tragen haben. . «.3

<sup>1</sup> G. Schmölders, Psychologie des Geldes, Hamburg 1966, S. 148 f. (Die eingeklammerte Ergänzung findet sich nicht im Originaltext).

<sup>2</sup> Derseibe, a. a. O., S. 151.

<sup>3</sup> Zitiert nach G. Eisermann, Vilfredo Paretos System der allgemeinen Soziologie. Einleitung, Texte und Anmerkungen, Stuttgart 1962, S. 181 ff.

Unter geldpsychologischen Gesichtspunkten kann man in der Tat zu der Überzeugung gelangen, daß das »Hantieren mit diesem gefährlich attraktiven Material ganz besondere Kontroll- und Sicherheitsbestimmungen erfordert, wie sie in analoger Weise für den Umgang mit explosivem Material oder mit Giftstoffen vorgeschrieben sind«.1

Daraus wäre dann auch für das System konkurrierender Währungen eine besondere Notwendigkeit für eine staatliche Wettbewerbsordnung zu folgern, um Entgleisungen und Anlässen für panikartige Reaktionen vorzubeugen.

#### 2. Gründe für eine staatliche Wettbewerbsordnung

- (1) Würde im multiplen Geldsystem eine private Notenbank in Schwierigkeiten geraten und könnte sie ihre Einlösungspflicht nicht mehr erfüllen, so müßte damit gerechnet werden, daß die von dieser Bank geschaffenen Zahlungsmittel über Nacht wertlos werden. Um die Betroffenen vor unbilligen Härten zu schützen, müßten Verträge, die auf der Grundlage einer entwerteten Währung geschlossen wurden, in der Valuta erfüllt werden, die ähnlich stabil ist, wie es die entwertete im Zeitpunkt des Vertragsschlusses war. Für eine solche Lösung ist aber, wenn eine entsprechende Rechtsprechung oder Usance fehlen, ein geeignetes Geldwertsicherungsgesetz notwendig, um die nachteiligen Wirkungen von Bankzusammenbrüchen unter Vermeidung von Kettenreaktionen aufzufangen. Es ist jedenfalls fraglich, ob eine solche dem Realwertprinzip Rechnung tragende Norm sich spontan aus dem Konkurrenzprinzip entwickelt.
- (2) Auch gegen »schmarotzende« Banken müßte es Vorkehrungen geben. Es handelt sich dabei um solche Institute, die keine eigenen Noten ausgeben, gleichwohl auf der Grundlage von Einlagen in renommierten Währungen eine Kreditpyramide aufbauen, also auf der Basis eines fremden Vertrauenskapitals Geldschöpfung betreiben. Um dieser Form eines »unlauteren« Wettbewerbs wirksam entgegenzuwirken, müßten die Notenbanken daran gehindert werden, »schmarotzenden« Banken bei Zahlungsschwierigkeiten haftend zur Seite zu treten. Der Zusammenbruch von Banken müßte möglich sein, um vor allem auf der Nachfrageseite ein kritisches präventiv wirkendes Bewußtsein für die Auswahl seriöser auf jederzeitige Liquiditätsbereitschaft bedachte Banken wachzuhalten. Damit würden aber die Banken, die keine Noten ausgeben, auch im Wettbewerb um die übrigen Bankgeschäfte diskriminiert. Daraus wiederum könnte ein starker Konzentrationseffekt mit erhöhten Marktzutrittskosten entstehen.

Zu denken wäre auch an eine strenge Kontingentierung der privaten Notenausgabe nach dem Vorbild der Peel'schen Bankakte und an die Vorschrift strenger Liquiditätsregeln.

(3) Zu regeln wäre auch die Frage der Diskriminierung im System. Hierzu müßte der Staat die privaten Notenbanken besonders vor seinen eigenen Repräsentanten schützen. Denn mit der Privatisierung des Geldwesens sind ja noch keineswegs die Regierungen ausgeschlossen, die von der Richtigkeit einer Geldpolitik überzeugt sind, die den inflationstreibenden Mißbrauch der Geldschöpfungsmacht zur Voraussetzung hat. Ohne Zweifel würde ein gut funktionierendes privates Geldwesen, in das sich der Staat als »normaler« Nachfrager einzuordnen hätte, eine staatliche Sozialpolitik zum Nulltarif, Lohnerhöhungen ohne Rücksicht auf die Produktivitätsentwicklung und Marktlage und eine Verstaatlichungspolitik mit nachfolgender hoher Haushaltsbelastung schon deshalb wesentlich erschweren, weil die damit verbundenen Kosten dem Wähler über den Steuerzettel unmittelbar sichtbar zu machen wären.

Nun haben aber die Repräsentanten des Staates Möglichkeiten, die ein »normaler« Geldnachfrager eben nicht hat. Wenn Regierungen, die für ihre wählerwirksame Politik der breitgestreuten Wohltaten viel Geld brauchen, sich aber dieses nur bei privaten Banken beschaffen können, dann würde es sich für diese Regierungen als vorteilhaft erweisen, den Banken geheime oder offene Privilegien, wie zum Beispiel die Gewährung der »Mündelsicherheit«, einzuräumen.

Über diese Privilegien könnte die private Geldschaffung, ganz ähnlich wie heute die staatliche Geldpolitik, für die Zwecke der Stabilisierung von politischen Herrschaftsansprüchen mit der Folge einer zunehmenden Vermachtung des Geldmarktes mißbraucht werden. Auf ähnliche Weise ist bekanntlich die Machtstellung der Fugger und anderer Augsburger Bankhäuser im 16. und 17. Jahrhundert entstanden. Auch die Mißbräuche der sogenannten Zettel-Banken<sup>2</sup> müssen in diesem Zusammenhang genannt werden.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Bad Godesberg 1947, S. 311.

<sup>2</sup> Sie verdanken ihre Entstehung dem folgenden Anlaß: Im 17. Jahrhundert gingen in den meisten europäischen Ländern, vor allem in Großbritannien, immer mehr Privatunternehmer (Juweliere und Edelmetallhändler) dazu über, von ihren Kunden Münzen und Edelmetalle zwecks sicherer und wertbeständiger Aufbewahrung und gegen Aushändigung von Depotscheinen (Zertifikate, Zettel) entgegenzunehmen. Diese Papiere, die den Inhaber berechtigten, das Depot bei Sicht zu beheben, stellten für den Einleger eine Erleichterung des Zahlungsverkehrs dar und boten den Juwelieren den Vorteil, auf der Grundlage der Depositen Kredite zu gewähren. So entwickelte sich ein weit verbreitetes Zettelbank- oder Banknotenwesen. Ohne gesetzliches Zahlungsmittel zu sein, wurden die umlaufenden Noten als Geld verwendet, weil und soweit das Vertrauen bestand, daß sie als Sichtverbindlichkeiten der ausgebenden Stelle jederzeit vom Inhaber in Münzgeld umgetauscht werden konnten. Im Verkehr stellte sich nun aber bald heraus, daß keine Notwendigkeit zur Volldeckung der Noten bestand. So bildete sich spontan die Gepflogenheit der Dritteldeckung heraus. Zugleich entstand mit der Entwicklung des Zettel-Bankwesens eine beachtliche zusätzliche und – wie sich dann mehr und mehr zeigte – inflatorisch wirkende

Es liegt nahe, daß auch die Privatbanken selbt versuchen, Exklusivrechte von der Regierung zu bekommen. Die zahlreichen und wichtigen Beziehungen, so beschreibt J. B. Say1 die Erfahrungen mit den Zettel-Banken, in welchem sie zum Publikum stehen, die Sicherheit und die Erleichterungen, die sie der Wirtschaft gewähren, liefern ihnen vorzügliche, dem Gemeinwohlgedanken verpflichtete Argumente für staatliche Privilegien. Ohnehin seien, so weiß Say weiter zu berichten, die Regierungen selbst stark daran interessiert gewesen, sich solche Privilegien gegen Bezahlung abkaufen zu lassen. Die führende englische Zettel-Bank, die private Bank von England, wurde 1694 im Zusammenhang mit einem der Regierung gewährten Darlehen gegründet. In dem Maße, in dem sie der Regierung beständig Vorschüsse leistete, wurden ihre Privilegien immer wieder erneuert, bis der Augenblick kam, in dem die Regierung die Kredite nicht mehr zurückzahlen konnte und die Bank von England selbst außerstande war, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. In dieser Lage hat die englische Regierung im 18. und 19. Jahrhundert im eigenen Interesse bekanntlich mehrmals die Goldeinlösungspflicht der Bank von England suspendiert. Dieser Fall ereignete sich 1783 auch bei der Pariser Disconto-Bank. Und als Napoleon Bonaparte 1803 der Bank von Frankreich das Privileg gab, allein Noten auszugeben, welche als Repräsentativ-Zeichen des Geldes dienten, ließ er sich nicht nur fast das ganze Kapital der Aktionäre leihen, sondern er behielt sich die Ernennung eines Gouverneurs und zweier Untergouverneure vor, »welche auf Kosten der Gesellschaft mit reichem Gehalte ausgestattet wurden«."

Von allen Mißbräuchen, so resümiert Say, zu welchen die Errichtung der Zettel-Banken Anlaß gegeben haben, »besteht vielleicht der größte in den ungemessenen Darlehen, die sie verschwenderischen Regierungen haben *machen müssen*. Fast immer sind Verluste für die Bankiers und das Publikum und Erleichterung der Gelegenheiten, Böses zu tun, für die Regierung die Folge davon gewesen«.<sup>2</sup>

Um das Ausmaß der Verschuldung zu verschleiern, wurden im Zusammenspiel zwischen Banken und Regierungen die Anleiheformen getarnt, »um

Geldschöpfung, zumal die Banknote im Gegensatz zum Geld in der Form des Edelmetalls praktisch unbegrenzt und mit nur minimalen Kosten produziert werden konnte.

Nach rund eineinhalb Jahrhunderten führte das mit vielen Bankzusammenbrüchen verbundene Währungschaos, das aus der privaten Banknotenausgabe der Zettelbanken entstanden war, zum Sicg der von der Currency-Theoric vertretenen Ansicht, daß es notwendig sei, die Banknotenausgabe einer strengen staatlichen Kontrolle zu unterwerfen. Diese vor allem von Ricardo begründete Position wurde dann 1844 durch die Peel'sche Bankakte zum Grundprinzip einer neuen englischen Währungsverfassung erhoben, die spätestens nach dem I. Weltkrieg von den meisten Staaten Kontinentaleuropas mehr oder weniger buchstabengetreu übernommen worden ist.

<sup>1</sup> J. B. Say, Ausführliches Lehrbuch der praktischen politischen Ökonomie, Zweiter Band. Leipzig 1845, S. 178 ff.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 186.

weniger skandalös« zu erscheinen Dieser Weg, auf dem sich die Regierungen ihre »kostspieligen Gedanken« und ihre »politischen Leidenschaften« finanzieren ließen,¹ erlaubte dann schließlich keinen anderen Ausweg mehr, als den Zwangskurs zu verhängen und das private Geld zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären.

Say beschreibt auch, was passieren würde, wenn sich eine unbeschränkte Zahl von Gesellschaften bilden könnte, deren Zweck es wäre, Noten an den Inhaber in Umlauf zu bringen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Geldproduktion in den Händen der Privaten ebenso gefährlich ist wie eine Geldversorgung durch den Staat. Deshalb plädiert Say für eine restriktive Geldmengenregel.

Insgesamt drängt sich die Schlußfolgerung auf: Die Art von geldpolitischer Enthaltsamkeit der Regierungen, die von Hayek in seinem
Konzept bezüglich der freien Währungsmärkte voraussetzt, würde dann,
wenn man mit ihr in einem kompetitiven System von Papierwährungen<sup>2</sup>
wirklich rechnen könnte, bereits für sich ausreichen, um vom Staat selbst
in der Rolle des monopolistischen Produzenten von gesetzlichen Zahlungsmitteln ein entsprechend stabiles Geld erwarten zu können.

#### IV. Die n\u00e4herliegende L\u00f6sung: Mehr Konkurrenz zwischen den Regierungsw\u00e4hrungen

Der Kerngedanke der neuen Freigeldbewegung ist sicher von unabweisbarer Richtigkeit: Es gilt, im Bereich der Währungen den Wettbewerb als stabilisierendes Ordnungsprinzip wieder zu aktivieren. Hierzu könnte zunächst einmal die Erkenntnis behilflich sein, daß der Wettbewerb Wahlfreiheiten schafft und daß sich diese auch volkswirtschaftlich sinnvoll auf die freie Bestimmung der Geldfunktionen beziehen können.

#### Freie Wahl der Geldfunktionen

Soweit die Geschichte des Geldwesens Erfahrungen darüber vermittelt, wie leistungsfähig das Laissez-Faire-Prinzip für die Geldwerterhaltung ist, kann folgendes festgestellt werden. Entscheidend für den Erfolg individueller Geldwertsicherung war weniger der Grundsatz der freien Wahl der Währung, also die klassische Möglichkeit der Abwanderung und Zuwanderung zwischen Konkurrenten, als vielmehr das Prinzip der freien Bestimmung der Geldfunktionen, das die Funktionenspaltung des Geldes und die Freiheit

<sup>1</sup> J. B. Say, a. a. O., S. 183.

<sup>2</sup> Eine nachhaltige Zurückdrängung politischer Einflüsse von der Mitwirkung bei der Geldwertgestaltung könnte wohl am ehesten erwartet werden, wenn sich eine Warenwährung (Goldwährung) durchsetzen würde. Vergleiche hierzu L. von Mises, Die geldtheoretische Seite des Stabilisierungsproblems, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 164. Band, Zweiter Teil, München und Leipzig 1923, S. 16.

des Bürgers zur Vereinbarung von Geldwertsicherungsklauseln einschließt. Aus rechtlicher Sicht käme es also auf die Auffassung an, die eine Regierung in der Frage der Wertsicherung von Gläubiger-Schuldner-Verhältnissen vertritt.1 Konkret hat die Regierung dabei zu bestimmen, in welchem Maße sie in der Frage der Geldwertsicherung bereit ist, die Privatautonomie, als die Rechtsmacht des einzelnen Bürgers, auch gegen sich selbst gelten zu lassen. Diese Privatautonomie wurde als Möglichkeit, die Schuldner-Gläubiger-Verhältnisse über die Zeit hinweg wertbeständig nach Maßgabe der jeweiligen Parteieninteressen regeln zu können, viele Jahrhunderte lang als eine selbstverständliche »Rule of Law« empfunden und praktiziert. Dem Prinzip der vollen Äquivalenz von vertraglich ausbedungener Leistung und Gegenleistung wurde auch dann Beachtung geschenkt, wenn dies für die fürstliche Finanzwirtschaft unbequem war. Auch in der Zeit der großen Inflation nach dem Ersten Weltkrieg hat es sich bewährt, daß der Staat, wenn auch mit einer folgenschweren Verzögerung, seinen Bürgern die freie Wahl der Geldfunktionen erlaubte. Den einzig wirksamen Ausweg aus den chaotischen Währungsverhältnissen jener Zeit fand der einzelne in der Tat - wie auch schon in den Jahrhunderten der metallischen Währungen bei Münzverschlechterungen und Münzzersplitterung - in der Funktionenspaltung des Geldes, die sich im Verkehr zunächst auf der Basis der sogenannten Devisenrechnung und schließlich Ende 1922 in Form der sogenannten Goldrechnungswährung weitgehend durchsetzte. Wahrscheinlich hätten große Inflationsschäden vermieden werden können, wenn die freie Wahl der Geldfunktionen gar nicht erst als Zweckmäßigkeitsfrage behandelt, sondern gleich als ein ehernes Grundprinzip der Privatrechtsordnung anerkannt worden wäre.

Die Funktionenspaltung des Geldes in der Form der Indexierung, das heißt durch Trennung der Geldfunktionen Recheneinheit und Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel, ist in der Bundesrepublik Deutschland durch den Grundsatz »Mark gleich Mark« (Nominalwertprinzip) gemäß § 3 des Währungsgesetzes ausgeschlossen, obwohl die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß immer dann, wenn die Fiskalpolitik die Geldpolitik mit inflatorischen Wirkungen dominiert, die Funktionenspaltung des Geldes der einzige Weg ist, um im Wirtschaftsgeschehen eine funktionsfähige Geldrechnung aufrechtzuerhalten. Die Funktionenspaltung des Geldes erlaubt es nämlich, die realen Wertverhältnisse auch bei noch so starker Inflation über die Zeit hinweg zu garantieren, so daß sich niemand unter Preisgabe der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes zur Flucht in die Sachwerte oder in ausländische Devisen veranlaßt sehen muß. Die schlimmen Folgen der

<sup>1</sup> Zu den folgenden Ausführungen vergleiche im einzelnen F. W. Meyer und A. Schüller, Spontane Ordnungen in der Geldwirtschaft und das Inflationsproblem, a. a. O.

Währungszerrüttung auf Produktion, Sparen, Investitionen und Zahlungsbilanz können verhindert werden.

Die Indexierungsfreiheit als das Recht, sich durch Spaltung der Geldfunktionen vor Geldwertverschlechterung zu schützen, kann meiner Ansicht nach schlicht aus dem Wesensgehalt der Grundrechte gefolgert werden. Sieht man diesen Wesensgehalt in der Möglichkeit, Freiheiten ausüben zu können, so kann dies in Verbindung mit der Eigentumsgarantie des Artikels 14 GG materiell nicht anders gedeutet werden, als das Recht zu haben, sich notfalls durch eigene Vorkehrungen soweit wie möglich vor Geldentwertung zu schützen.

Eine solche Deutung drängt sich auf, wenn man die Grundrechte als jene Fundamentalrechte des Bürgers versteht, über die der Staat nicht disponieren kann, eben weil sie dem Schutz des einzelnen vor Eingriffen der Regierung und der sie bestellenden Mehrheit dienen sollen. Es widerstrebt der Verfassungsidee vom individuellen Eigentum am Geldbesitz ebenso wie neueren Einsichten aus der vermögenstheoretisch fundierten Portfolio-Analyse der volkswirtschaftlichen Geldwirkungen, wenn der Staat sein Recht auf exklusive Geldproduktion in der Verfassungswirklichkeit dazu mißbraucht, um durch eine Politik der Geldwertverschlechterung reale Enteignung zu betreiben. Es ist unverständlich, daß die in der viel geschmähten Feudalrechtsordnung über viele Jahrhunderte als selbstverständlich empfundene Freiheit, sich vertraglich vor Geldentwertung zu schützen, in der Bundesrepublik Deutschland für die Regelung geldwerter Rechtsverhältnisse nur als zustimmungspflichtige Ausnahme von einer restriktiv gehandhabten gesetzlichen Verbotsnorm behandelt wird. Diese Verbotsnorm hat die Einschränkung eines elementaren Rechts auf freie Disposition über Eigentum zum Gegenstand, ohne daß dies aus übergeordneten Gründen, etwa der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, gerechtfertigt werden kann.

Der Entzug der rechtsgeschäftlichen Freiheit zur Bestimmung des Schuldmaßstabes im Rahmen von Zahlungsverpflichtungen aus dem Geldund Kapitalverkehr nach § 3 des Währungsgesetzes wird häufig damit begründet, es gäbe keinen Preisindex, um das Ausmaß der Geldentwertung objektiv festzustellen. Selbstverständlich ist der reale Geldentwertungsverlust, den der Eigentümer von Geldforderungen erleidet, individuell verschieden und richtig erst nach ihrer Verausgabung feststellbar. Das gilt aber im Prinzip für alle Kauf- und Verkaufsdispositionen. Gleichwohl gibt es keine Festschreibung von Preisrelationen, etwa nach dem Muster: 1 Bier kostet immer 5 Zigaretten. Wie jemand real seine Eigentumsrechte zu nutzen vermag, hängt von seiner individuellen Interessenlage und von seinen Fähigkeiten ab. Aus dem Prinzip der freien Grund-

rechtsausübung (zum Beispiel gemäß Artikel 2 Abs. 1 GG, aus dem sich auch die Vertragsfreiheit und die Wettbewerbsfreiheit ergeben) sollte man es den Vertragspartnern überlassen, welche Wertsicherungsform, also welcher Index beispielsweise ihnen zweckmäßig erscheint. Man darf erwarten, daß sich im Wirtschaftsverkehr aus der Fülle der vorhandenen Preisindices diejenigen durchsetzen werden, die die allgemeine Geldentwertung nach Meinung der Vertragsparteien auch angemessen widerspiegeln. Aus dem Katalog der vielzitierten und ebenso häufig angezweifelten volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen einer eingeschränkten bzw. diskriminierend gehandhabten Indexierungspraxis möchte ich nur auf folgende hinweisen:

Das Verbot der Geldwertsicherungsklauseln bezieht sich insbesondere auf die kontraktbestimmten Vermögenseinkünfte, die einen wichtigen Teil des volkswirtschaftlichen Sparvermögens ausmachen. Im Vergleich zum indexgesicherten Einkommen des Faktors Arbeit<sup>1</sup> wird der überwiegende Teil der Sparer durch das Indexierungsverbot dergestalt benachteiligt, daß der Grad der Knappheit des Kapitals künstlich vermindert wird. Bei gleichbleibender Sparneigung werden dann aber die kostenminimalen Produktionspunkte bei einer kapitalintensiveren Produktionsweise erreicht. Die so provozierte künstliche Überkapitalisierung der Produktion kann sich in struktureller Arbeitslosigkeit beim Faktor Arbeit äußern, hervorgerufen durch die ungleiche Behandlung der Produktionsfaktoren bei der Suche nach Schutz vor Inflationsverlusten.

Da die Indexierung sicherlich einer Volkswirtschaft beachtliche Kosten verursacht² und in jedem Falle die Einheit der Geldfunktionen erstrebenswert ist, sollte der Gesetzgeber alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um die Exekutive auf die Produktion von wertstabilem Geld zu verpflichten. Als konsequentester Weg dazu hat sich bisher eine Währungsverfassung mit einer wirklich unabhängigen eindeutig auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichteten Zentralbank erwiesen, die unter Ausschaltung der Kreditschöpfungsmacht der Banken tatsächlich eine Chance hat, die Geldmenge zu beherrschen.

<sup>1</sup> Bei der Anpassung der Löhne und Gehälter wird von den Gewerkschaften nicht nur die reale Produktivitätsentwicklung zugrundegelegt, sondern neuerdings auch verstärkt die seit den vorausgegangenen Tarifverhandlungen eingetretene Geldentwertung und sogar die in der Laufzeit der Tarifabkommen erwartete Geldwertminderung, wenn die Lage am Arbeitsmarkt, vor allem aber das Geldangebot es den Gewerkschaften erlauben, entsprechende Revisionsklauseln für »Lohn-Nachschläge« durchzusetzen. Da unter diesen Bedingungen der Lohnkostenanstieg eine entsprechende Preisanhebung bei den Unternehmern erlaubt, liegt es nahe, bei relativ elastischer Geldmengenanpassung die Tarifautonomie als Ausdruck dafür zu bezeichnen, daß den Tarifparteien ein Grundrecht auf Indexierungsfreiheit zusteht, das zumindest die reale Einkommenslage zu sichern vermag.

<sup>2</sup> Auch das System konkurrierender Währungen ist sicherlich mit beachtlichen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden, zumal es wohl ohne eine weitgehende Indexierungspraxis nicht auskommen dürfte. Vergleiche A. Schüller, Konkurrenz der Währungen als geldwirtschaftliches Ordnungsprinzip, a. a. O.

#### Ordnungserfordernisse einer stabilitätsfördernden internationalen Konkurrenz der Währungen

Es gibt eine Reihe von Gründen für die Annahme, daß eine zentrale Ursache der »unbeschränkten Demokratie«, gegen die sich der von Hayeksche Vorschlag richtet, in jener »pervers elastischen« internationalen Solidarität zu finden ist, die die als währungsstark bezeichneten Gläubigerländer seit vielen Jahren im System von Bretton Woods gegenüber den sogenannten währungsschwachen Schuldnerländern praktizieren. Vor allem die gewachsene internationale Währungsordnung von Bretton Woods ermöglicht in Verbindung mit der von Keynes inspirierten Praxis der westlichen Entwicklungshilfepolitik eine weitgehende Enthemmung der Fiskalund Geldpolitik in den Schuldnerländern. Die Folgen für die Zahlungsbilanz werden teilweise automatisch zur Abwanderung gebracht: Wer nämlich ein Zahlungsbilanzdefizit hat, gilt als ein armes Land, dem mit Krediten geholfen werden muß. Man hilft ihm nicht nur, sondern schont es auch bei der Belastung mit internationalen Verpflichtungen (Entwicklungshilfe, EG-Beiträge, NATO-Verpflichtungen oder UNO-Beiträge). Fahrlässige oder gar vorsätzlich liederliche Währungspolitik macht sich also bezahlt. Tatsächlich können sich die Regierungsparteien in dem Maße einem wirklichen Leistungswettbewerb vor den Wählern entziehen, in dem die Kosten wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen - unter Vermeidung von innerpolitischem Widerspruch - gleichsam exportiert werden können. Wenn aber in diesem Tatbestand eine wichtige Ursache des Phänomens der »unbeschränkten Demokratie« liegt, so müßte es für die Gläubiger naheliegen, eine konsequent darauf abgestellte Therapie zu verordnen: Um im heutigen System flexibler Wechselkurse eine wünschenswerte Denationalisierung des Geldes zu erreichen, ist eine Kreditordnung erforderlich, die eine Renationalisierung der Kosten und Risiken aus einer verfehlten nationalen Wirtschaftspolitik erlaubt:1

(1) Der IWF müßte seine gegenwärtige Führungsrolle in der internationalen Politik der Privilegierung von Schuldnerpositionen aufgeben und dem folgenden Grundsatz Geltung verschaffen helfen: Internationale Verschuldungsmöglichkeiten sind prinzipiell im Wege einer stabilitätskonformen Nachfrageumschichtung durch freiwillige Ersparnisse zu finanzieren. Hierzu müßten vor allem die bestehenden mehr oder weniger automatischen Ziehungsmöglichkeiten eingeschränkt und schließlich vollständig beseitigt werden. Der Mechanismus der Wechselkurse als dominierendes System des Zahlungsbilanzausgleichs rechtfertigt Zahlungsbilanzhilfen seitens des

<sup>1</sup> Vergleiche hierzu ausführlicher A. Schüller, Reform des internationalen Währungssystems; Ausgangstatsachen, Ordnungsgrundsätze und Wege, in: H. Gröner und A. Schüller (Hrsg.), Internationale Wirtschaftsordnung, Stuttgart und New York 1978.

IWF allenfalls noch für kurzfristig zu überbrückende Liquiditätsengpässe. Längerfristige Kredite sollte der Fonds unter Beachtung einer klaren und möglichst restriktiven Trennung zwischen Liquiditätsbedarf einerseits und Kapital- sowie Entwicklungshilfebedarf andererseits nicht mehr gewähren, es sei denn in einer neuen Funktion, in der sich der Fonds als internationale Bank auf der Grundlage einer marktorientierten Refinanzierung zu betätigen und zu bewähren hätte.

Wenn es ganz offensichtlich gute Gründe gibt, das Kreditgeschäft auf nationaler Ebene unter keinen Umständen zu einer Staatsaffaire zu machen, so gelten diese Gründe noch mehr für den IWF, der mehr und mehr vom UNO-Prinzip infiziert worden ist, wonach die einen Mitglieder nur Pflichten und die anderen (zahlenmäßig überwiegenden) nur Rechte haben sollen. Der IWF verhält sich in seiner Kreditpolitik, vor allem im Bereich der von den Schuldnerländern immer mehr bevorzugten bedingungsschwachen und bedingungslosen Sonderkreditprogrammen, wie eine Zentralbank, die in einer Volkswirtschaft mit Tarifautonomie die Sozialpartner von der Verantwortung für die Auswirkungen ihres lohn- und preispolitischen Tuns auf Geldwertentwicklung, Beschäftigung und Zahlungsbilanz weitgehend entbindet und stattdessen immer neue Kreditmittel zur Finanzierung von branchen- und produktspezifischen Konjunkturprogrammen bereitstellt. Indem der IWF in Antizipation oder als Folge des Inflationszuwachses den allgemeinen Kreditrahmen, vor allem aber den Sonderkreditbereich, immer großzügiger absteckt, stellt er den Schuldnernationen, deren »Bedürfnissen« und »Anforderungen« damit Rechnung getragen wird, gleichsam einen Freibrief zur Übernahme der Herrschaft über das Schicksal der Geldwertentwicklung in der Welt aus. Im IWF, als einer treibenden Kraft an der sich immer rascher drehenden internationalen Verschuldungsschraube, dürfte auch die entscheidende Ursache dafür zu finden sein, daß in den letzten Jahren ein Vielfaches seiner Finanzierungsleistungen zur Überbrückung von Zahlungsbilanzdefiziten über die internationalen Banken und privaten Finanzmärkte bereitgestellt werden konnte.<sup>2</sup> Offenbar sind die Gläubiger ganz sicher, daß der IWF den Schuldnerländern im Ernstfall nach Art einer gesamtschuldnerischen Bürgschaft beistehen wird.

Diese Erklärung scheint mir sehr viel realistischer zu sein als jene gelegentlich zu hörende Meinung, wonach die Geldinstitute gar keine andere

<sup>1</sup> Die regulären Kreditmittel des IWF, so schreibt die Deutsche Bundesbank in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1976 (S. 65), die größtenteils nur bei Beachtung wirtschaftspolitischer Auflagen verfligbar sind, wurden mit knapp 3 Mrd. US-Dollar vergleichsweise wenig in Anspruch genommen. Die Entwicklungsländer hatten Ende 1976 nur gut ein Zehntel (!) ihrer regulären Kreditfazilitäten ausgeschöpft.

<sup>2</sup> Vergleiche Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1976, S. 63 ff.

Wahl hätten, als in die Kreditexpansion zu gehen, solange es keine adäquate Marktordnung für risikohafte Auslandsengagements gäbe. Begründet wird diese vermeintliche Zwangslage der Banken mit dem hohen Anteil relativ unstabiler Länder an den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen, ihrem großen, durch Kapitalflucht verstärkten Kreditbedarf sowie – vor allem – einer lebhaften Konkurrenz der Kreditoren. Man wird entschieden bezweifeln müssen, daß die Banken daran interessiert wären oder sich vom Wettbewerbsdruck dazu verleiten ließen, das Abenteuer einer Kreditexpansion um jeden Preis und unter Verzicht auf gründliche Bonitätsgarantien zu wagen, gäbe es nicht die große monetäre »Rückversicherungsorganisation« IWF für die zahlreichen Schuldnernationen.

(2) Tatsächlich ist der IWF weit davon entfernt, eine wirksamere monetäre Eigenkontrolle der Schuldnerländer anzustreben. Jede Erweiterung des Kreditspielraums nach Art und Umfang wird von seinen Repräsentanten als Ausdruck einer erfolgreichen Geschäftspolitik ausgewiesen. Der IWF benimmt sich in einer Zeit weltweiter Inflationsentwicklung so, als gelte es, ständig neue Kreditschlachten zu gewinnen.

Deshalb bleibt den stabilitätswilligen Ländern keine andere Wahl, als sich durch konsequentes Floaten dem bestehenden System der internationalen Selbstbedienung und Erpressung von Krediten, wie es im Rahmen des IWF und anderer internationaler Finanzorganisationen unter einem vielfältigen machtpolitischen Druck entstanden ist, real zu entziehen und durch diese Art eines heilsamen monetären Nationalismus die Währungen der übrigen Länder in einen offenen Wettbewerb hineinzuziehen, in dem der Wechselkurs zu einem für jeden Wähler sichtbaren Maßstab zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit seiner Regierung wird. Die Entwicklung der letzten Jahre in einigen westlichen Volkswirtschaften spricht dafür, daß das Potential an politischem Widerstand, den die Bürger mit ihrem Stimmzettel gegen eine verfehlte schuldnerfreundliche Wirtschaftspolitik leisten können, bei freien Wechselkursen im bestehenden System der Regierungswährungen schneller wirksam werden kann, als bei dem Versuch, den kühnen Vorschlag eines monetären Freihandels zu realisieren.

<sup>1</sup> Vergleiche »Finanzierung und Entwicklung«, 14. Jg., Nr. 1, 1977, S. 2.

## Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.



## 56./57. Tagung

Sommerveranstaltungen des
Seminars für freiheitliche Ordnung
für die Zeit vom 14. bis 19. Juli 1978
und
vom 20. bis 24. Juli 1978
im neuen Bildungszentrum
des Bayerischen Bauernverbandes
in Herrsching am Ammersee, Rieder Straße

#### Seminar I vom 14. bis 19. Juli

## Arbeitsthema:

### Die Verantwortung des Menschen

- Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch -

Seminar II vom 20. bis 24. Juli

## Arbeitsthema:

Bildung als Bedingung personaler und sozialer Existenz

#### Programm\*\*

## Wissenschaftliche Arbeitstagung vom 14. bis 19. Juli 1978

Gesamtthema: Die Verantwortung des Menschen

- Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch -

#### Tagungsleitung: Jürgen Rauh, Gießen

	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag			
	14. 7. 1978	15. 7. 1978	16. 7. 1978	17. 7. 1978	18. 7. 1978			
	Anreise	Ökonomie gegen Ökologie	Ökonomie und Ökologie	Probleme zwischen Ökonomie und Ökologie				
9.00–10.15 Uhr	Das Tagungs- büro ist ab 10 Uhr geöffnet	Herbert Gruhl Der ökonomische Überbau zerstört das ökologische Fundament	H. J. Pfüller Marktwirtschaft- liche Antworten auf das Problem der Umwelt- belastung	Wolfgang Treiber Die Landwirt- schaft zwischen ökologischer:Ver- pflichtung und ökonomischen Zwängen	Felix G. Binn Die Rolle des Kapitals bei der Wirtschafts- wachstums- und Umweltproblematik			
10.30-12.15 Uhr				· Plenum Gruppenarbeit*				
12.30 Uhr		_	Mi	ttagessen – Mittagspa	use			
15.30–16.45 Uhr	H. H. Vogel Begrüßung Eröffnung	Manfred Fischer Ökologische Grenzen und Industriegesell- schaft	H. J. Pfüller  Marktwirtschaft- liche Antworten auf das Problem der Rohstoff- erschöpfung	Ernst Winkler  Verursacht die marktwirtschaftliche Ordnung die Wachstums-, Konsum- und Umweltprobleme?	Paul A. Engstfeldt  Sind die Wirt- schaftswachstums- und Umweltpro- bleme auf politischem Wege lösbar?			
17.00-18.30 Uhr				num enarbeit*				
18.30 Uhr		Abendessen						
20.00 Uhr	Jürgen Rauh Einführung in das Tagungs- thema	Freier Gesprächs- kreis	Karl v. Delhaes  Marktwirtschaft- liche Antworten auf die Probleme des Wirtschafts- wachstums	Für diese Abende si kreise zur Vertiefur sierung des Erarbei	ind freie Gesprächs- ig und Konkreti- teten vorgesehen			

<sup>\*\*</sup> Änderungen vorbehalten

#### Programm\*\*

## Fachtagung vom 20. bis 24. Juli 1978

## Gesamtthema: Bildung als Bedingung personaler und sozialer Existenz

## Tagungsleitung: Oskar Matthias Frhr. v. Lepel, Heidelberg

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag
19. 7. 1978	20. 7. 1978	21. 7. 1978	22. 7: 1978	23. 7. 1978	24. 7. 1978
Willi Geiger Verfassungsrecht- liche Aspekte zu einigen krisen- haften Erscheinun- gen der Entwick- lung unserer Zivilisation	Abreise	Wolfgang Reeder  Der Beitrag der Sozialwissen- schaften	Hans Jürgen Scheuerle Der Beitrag der Natur- wissenschaften	August F. Ventker Die Bedeutung der Menschen- bildung für die Berufs- ausbildung	Abreise
	Anreise		Plenum Gruppenarbeit*		gesehen, sammen-
		Mis	den zus		
	H. H. Vogel	Kurt Fina	Lothar Vogel		veitstagi t Leitfa
Formulierung der Arbeits- ergebnisse	Begrüßung	Der Beitrag der Geschichtswissen- schaften	Der Beitrag der Ästhetik und der Künste	Formulierung der Arbeits- ergebnisse	schaftliche Arb en zu einer Ar
	<b> </b>	·		·	sens
Schluß- besprechung		Pler Gruppe	Schluß- besprechung	Für die Sommertagung 1979 ist eine wissenschaftliche Arbeitstagung vorgesehen, auf der die Arbeitsergebnisse beider Tagungen zu einer Art Leitfaden zusammen- gefaßt werden sollen.	
			gung 19 sergebn len.		
	Johannes Flügge	Horst Dinter	Kammermusik	;	lerta rbeit 1 soll
Geselliger Abend	Bildung als Bedingung personaler und sozialer Existenz	Bildung als »Allgemeine Bildung« lerntheoretisch begründet	mit Johannes Bork, Flügel und Waltraud Schneider, Sopran	Geselliger Abschieds- Abend	Für die Somm auf der die As gefaßt werder
<u>.</u>		· · ·			

## Die Herrschinger Seminare 1978

#### Wissenschaftliche Arbeitstagung I:

Die Verantwortung des Menschen

- Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch -

Wenn wir uns bei dieser Tagung mit der unmittelbaren Umwelt des Menschen beschäftigen, so ist der Grund dafür im teilweisen Versagen des traditionellen gesellschaftlichen Regel- und Ordnungssystems zu suchen. Das Rechtssystem vermag das Gleichgewicht zwischen Leistungen – kulturellen und wirtschaftlichen – und Ansprüchen nicht mehr aus sich selbst heraus herzustellen. Die technischen Praktiken und Möglichkeiten haben sich so sehr in den Vordergrund gespielt, daß die wissenschaftlichen Anstrengungen ausschließlich der Bewältigung und dem Ausbau der technischen "Errungenschaften" dienen. Dazu wird die Pädagogik, das Schulwesen geradezu mißbraucht.

Hinzu kommt ein zweites Problem, die unbewältigte Automatik des ökonomischen Prozesses selbst, das heißt die Art und Weise, wie sich Produktion und Konsum zueinander in Beziehung setzen. Hier liegen ungeklärte Eigenprobleme des Wirtschaftssystems vor. Der Markt, wie er heute ist – bewältigt nur unvollkommen den Interessenausgleich der Teilnehmer. Die Eigengesetzlichkeit des Kapitals verfälscht die Bedürfnisstruktur und die Schwerpunkte der Lebensinteressen. Nicht der Markt als dezentrale Planung der Produzenten und Konsumenten wirft die Probleme auf, sondern die Deformierung des Marktes durch Vermachtung. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, vor allem der Lebensgrundlage selbst, der Natur einschließlich der Natur des Menschen ist eine Folge der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaftsinteressen. Hier taucht das ökonomische Wachstumsproblem auf, das aus dem traditionellen Währungs-, Geld- und Kapitalsystem unlösbar erscheint.

#### Wissenschaftliche Arbeitstagung II:

Bildung als Bedingung personaler und sozialer Existenz

Von zwei Seiten her stellt sich die Frage, was Bildung eigentlich ist, mit zunehmender Dringlichkeit:

- Von der Anfälligkeit erschreckend großer Teile gerade der akademisch gebildeten Jugend für extremistische, zum Teil terroristische Positionen her;
- Von dem unverantwortlichen Wirrwarr und der Hektik bildungspolitischer Reformen her.

In dieser Tagung wollen wir uns der notwendigen Besinnung auf Inhalt und Ziel aller Aktivitäten, die mit Bildung zu tun haben, in zwei Schritten widmen:

- Zunächst mit der Frage, was »Bildung«, »Allgemeinbildung« in der heutigen Zeit und in der heutigen Gesellschaft eigentlich meint;
- dann mit der Frage, welche Konsequenzen daraus für die fachliche Orientierung zu ziehen sind und was die einzelnen Fachkomplexe zur »Allgemeinbildung« beizutragen haben.

Wir laden Sie zur Mitarbeit an diesen wichtigen Themen herzlich ein.

Bitte fordern Sie Programme an und machen Sie auch Ihre Freunde auf diese wichtigen Seminare aufmerksam.

An das

Seminar für freiheitliche Ordnung e. V. Geschäftsstelle

Boslerweg 11

**7325 Eckwälden/Bad Boll** Telefon (07164) 2572

A	NII	ALT? I	DI	INTO

MMIDDONG	
lem:lem:lem:lem:lem:lem:lem:lem:lem:lem:	
und/oder am Seminar II vom 20. bis 23. Juli 1978 in der Neuen Bildu Bayerischen Bauernverbandes in Herrsching/Ammersee nehme ic	
Herrn/Prau	
	teil.*
Ich/Wir werden – per Auto – per Bahn* am	iben.*
14. Juli bzw. am Mittwoch, dem 20. Juli teilnehmen.* (Anmeldung zu Mahlzeiten im Tagungsbüro.)	den übrigen
Ich/Wir möchte(n) Quartier im Bildungszentrum (Einzel- und Doppelzimmer mit WC und Dusche)**	
Ich bin bereit, wenn keine Einzelzimmer mehr verfügbar, das Zimmer mit einem anderen Tagungsteilnehmer zu teilen.**	
Ich/Wir zelte(n) im eigenen Zelt und benötigen einen Zeltplatz.**	
Name:Vorname:	
Anschrift (Postleitzahl):	
(in deutlicher Druckschrift ausfüllen)	
Telefon: ( // )	•
Bitte beachten	
*) Zutreffendes bitte unterstreichen.  **) Bitte ankreuzen	

Bitte Geburtsjahr und Beruf auf der Rückseite angeben - nur zu statistischen Zwecken.

61

Namen bitte auf beiden Seiten in Blockschrift ausfüllen.

Bemerkungen:,

									_					
Beruf Studienfa	ich		G	Geburtsjahr	r					Quartier: Sonstiges	Bayer. Ba	auernverbandes äuerinnenschule		er-Nr.
Telefon-N	Vr. (					ür die Ka	reconful.							
I	- I	14.7	15. 7.					rung te frei lasse   20.7	en)   <sub>21.7.</sub>		27.7	24.7.		· 
Über- nach- tungen		Fr Fr	15. 7. Sa	. So	Mo	18.7.	19. 7. Mi	Do	21. 7.	22. 7.	23. 7. So	Мо	Tagungsbeitrag  Vermittlungs- gebühr	1
Einzel- mahl- zeiten		+	1 7 1		+		$\vdash$	<del>                                     </del>	$\vdash$	Sa. 22. 7.	<del>l i i</del>	<del>                                     </del>	Spenden  Übernachtungen  X 15.–	
	·		· .					Frühstück Mittagesse Abendesse	en:	X =	3 7.50 6		Verpflegungs- kosten	-
	<i>.</i>							Verpflegur Übernacht					Gesamtbetrag	

Mitwirkende:

Horst Dinter Prof. für Arbeitslehre an der Pädagog. Hochschule Saar-

brücken

Fritz Andres\* Assessor, Kirn/Nahe

Paul Albert Engstfeldt Dr. phil., Hanns Seidel-Stiftung, München Felix G. Binn Prof. Dr. rer. pol., Mönchen-Gladbach

Johannes Bork Prof., Pianist, Tutzing

Karl v. Delhaes Privatdozent Dr. rer. pol., Universität Marburg

Johannes Flügge Prof. Dr. phil., Berlin

Willi Geiger Prof. Dr. jur., Senatspräsident und Bundesverfassungs-

richter a. D., Karlsruhe

Kurt Fina Prof. Dr. phil., Eichstätt

Herbert Gruhl MdB, Dr. rer. nat., Verfasser von »Ein Planet wird ge-

plündert«, Bonn

Jobst v. Heynitz\* Notar, München Gerhardus Lang\* Dr. med., Boll

Oskar Matthias

Frhr. v. Lepel Oberregierungsrat, Heidelberg

Heinz Peter Neumann\* Direktor der LVA Berlin

Fritz Penserot\* Kaufmann, Kirn

Hans Joachim Pfüller Volkswirt, Leiter der Außenstelle Hannover der Hermann

Ehler Stiftung

Jürgen Rauh Jurist, Bildungsreferent, Gießen

Wolfgang Reeder Volkswirt, Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen

Seminars in der Pol. Akademie Eichholz, Wesseling

Hans Jürgen Scheuerle Dr. med., Assistent am Pysiologischen Institut der Universi-

tät Marburg

Waltraud Schneider Sopranistin, Lehrerin, Stuttgart

Wolfgang Treiber Vorsitzender des »Vereins Agrarwirtschaft« Rothenhof/

Nürnberg

Heinz Hartmut Vogel Dr. med., Bad-Boll

Lothar Vogel Dr. med., Bad-Boll

Friedrich A. Ventker Dr. phil., Oberstudienrat, Ahrensburg

Manfred Fischer Dr. phil., stellv. Institutsleiter des Instituts für Systemver-

gleich und Innovationsforschung der Fraunhofergesell-

schaft, Karlsruhe

Ernst Winkler Dr. phil., München

Weitere Veranstaltungen des Seminars für freiheitliche Ordnung

September/Oktober 1978 - Politische Akademie Eichholz, Wesseling/Bonn -

- Die gesellschaftspolitischen Folgen des politischen und weltanschaulichen Extremismus - November 1978 - Ein Systemvergleich im Bildungswesen in beiden deutschen Staaten Außerdem werden vom Seminar für freiheitliche Ordnung Schüler-Studenten-Seminare jeweils am schulfreien, zweiten Wochenende eines jeden Monats im Kreis Göppingen (Tagungsort: »Hotel zur Post« 7346 Wiesensteig i. T.) durchgeführt.

Nächster Termin: 9./11. Juni 1978.

Bitte fordern Sie Programme an beim SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG, Boslerweg 11, 7325 Eckwälden/Bad Boll, Telefon 07164/2572.

#### Zur Information der Kursteilnehmer-

Das Seminar für freiheitliche Ordnung veranstaltet Studienkurse in Arbeitsgruppen (siehe Programm) mit vom Veranstalter beauftragten Gesprächsleitern. Der Seminararbeit in Gruppen gehen einführende Kurzvorträge voraus.

Das Seminar für freiheitliche Ordnung behandelt gesellschaftliche Probleme unserer Zeit sowohl vom Gesichtspunkt der Persönlichkeitsrechte des einzelnen Bürgers, als auch vom Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit. Es will Grundlagen legen zur gesellschaftspolitischen Urteilsbildung und Entscheidung.

#### Ort der Tagung:

Herrsching am Ammersee in der neuen Bildungsstätte (ehem. Bäuerinnenschule) Rieder Straße 61

Telefon: (081 52) 80 52/17 12

Tagungsbüro geöffnet ab Freitag, 14. Juli 10 Uhr, telefonisch ab Donnerstag, 13. Juli, vormittags.

Anreise über Augsburg oder München.

#### Unterbringung und Verpflegung:

In der Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes.

#### Tagungsbeitrag:

Der Kursbeitrag für Seminar I beträgt DM 70.-, für Seminar II DM 50.--. Nichtberufstätige, Studenten und Schüler zahlen die Hälfte. Im Bedarfsfall Unkostenzuschuß.

Wir bitten, den Tagungsbeitrag im voraus - rechtzeitig - auf das Postscheckkonto Nr. 261 404 Frankfurt/Main für das Seminar für freiheitliche Ordnung e. V. Eckwälden/Bad Boll zu überweisen. (Kennwort: Tagung Herrsching 1978)

Spenden (evtl. Finanzierung eines Freiplatzes für Studierende) können auf oben angegebenem Postscheckkonto unter dem Kennwort »Sonderspende Tagung Herrsching 1977« überwiesen werden. Auf Wunsch Spendenbescheinigung!

#### Auskünfte und Anmeldung (telefonisch erreichbar bis Mittwoch, den 12. 7. 1978)

Zur Teilnahme, an den Wissenschaftlichen Arbeitstagungen I und II vom 14.-19. Juli und vom 19. -24. Juli 1978, bitte den dem Programm anhängenden Anmelde-Vordruck benutzen. Mit höchstens 10 zusätzlichen Worten als Briefdrucksache im Umschlag an Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Boll/Eckwälden, Boslerweg 11, Telefon (07164) 2572 schicken.

Bitte fordern Sie Programme an zum Weitergeben an interessierte Menschen.

#### Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Jobst von Heynitz Notar, Isartorplatz 8/II, München

Oskar Matthias

Freiherr von Lepel Oberregierungsrat, Albert-Schmitt-Straße 7,

Heidelberg-Sandhausen

Alfred Schüller Professor Dr. rer. pol., Universität Marburg

#### Vorankündigung für Heft 133/IV 1978

Zentralismus oder Föderalismus im europäischen Bildungswesen

Gieselher Hauptmann Dirigistische oder autonome Organisation der Realschuldirektor a. D., Schule in Europa

Eßlingen

Michael Vorbeck Europäische Zusammenarbeit im Bildungswesen Dr. jur., Leiter der

Sektion Bildungsforschung beim Europa-

rat, Straßburg

Christian Watrin Alternativen zur dirigistischen Bildungspolitik Prof. Dr. rer. pol.

Universität Köln

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 100 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 Weihnachten 1972

Fragen der Freiheit, Zweimonatsschrift, Herausgeber für das Seminar für freiheitliche Ordnung Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll

Boslerweg 11, Telefon (07164) 2572

Preis: Jahresabonnement DM 30 -, sfr. 30 -, ö. S. 220 -

inclusive Versandkosten

Einzelhefte: DM 5.50, sfr. 5.50, ö. S. 37.-

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011 / BLZ 61050000

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Eckwälden/Bad-Boll

Postscheckamt Frankfurt am Main 2614 04-602

Schweiz: 30-30731 Postscheckamt Bern

Österreich: H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll

Postsparkassenamt Wien 7939686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck Göppingen

Aus: John Stuart Mill »Gesammelte Werke«, »Politische Ökonomie«. Neudruck der Ausgabe Leipzig 1869 im Scientia-Verlag Aalen 1968.



